

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Wilfried Loth
Die deutsche Frage
als europäisches Problem

Dietrich Staritz
Ein „besonderer
deutscher Weg“
zum Sozialismus?

ISSN 0479-611 X

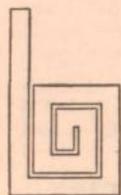
B 51—52/82
25. Dezember 1982

Wilfried Loth, Dr. phil., geb. 1948, Hochschulassistent an der Fachrichtung Geschichte der Universität Saarbrücken.

Veröffentlichungen: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940—1950, Stuttgart 1977; Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941—1955, München 1980, 1982³; Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Habilitationsschrift Saarbrücken 1982; (als Ko-Autor:) Das Zwanzigste Jahrhundert II. Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Frankfurt (im Druck); zahlreiche Aufsätze zur französischen Zeitgeschichte und zu Problemen der internationalen Politik im 20. Jahrhundert.

Dietrich Staritz, Dr. rer. pol., geb. 1934, Prof. am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin (z. Z. beurlaubt), geschäftsführender Leiter des Arbeitsbereichs Geschichte und Politik der DDR am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: Die National-Demokratische Partei Deutschlands. Ein Beitrag zur Untersuchung des Parteiensystems der DDR, Berlin 1968; Sozialismus in einem halben Lande. Zur Programmatik und Politik der KPD/SED in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der DDR, Berlin 1976; (Hrsg.) Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte — Entstehung — Entwicklung, Opladen 1980².



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die deutsche Frage als europäisches Problem

Unter der „deutschen Frage“ wird in der gegenwärtigen politischen Diskussion nicht selten nur das Problem der Teilung oder Spaltung Deutschlands im Kontext des Ost-West-Konfliktes verstanden. Hinter diesem Sprachgebrauch steht die Annahme, daß „Deutschland“ vor dem Jahre 1945 ein klarer Begriff gewesen sei; und reflektiert oder unreflektiert steht dahinter meist auch die Vorstellung, „Deutschland“ müsse, könne oder solle als „Deutsches Reich“, wie es zwischen 1871 und 1945 bestanden hat, wiederhergestellt werden.

Tatsächlich führt diese Betrachtungsweise in die Irre. Die „deutsche Frage“ — definiert als die Frage nach der staatlichen Existenz Deutschlands und seiner Stellung in Europa — ist nicht erst 1945 entstanden, und was als „Deutschland“ zu gelten habe, ist nicht erst seit 1945 umstritten. Was bis heute im vorherrschenden Geschichtsbewußtsein als die Politik der „Einigung Deutschlands“ gilt — die auswärtige Politik Bismarcks nach seiner Berufung zum preußischen Ministerpräsidenten im Jahre 1862 —, ist von vielen seiner Zeitgenossen, von dem preußischen Altkonservativen Ludwig von Gerlach bis zu Karl Marx und

Friedrich Engels, als Weg zur „Zerreißung“ oder „Teilung“ Deutschlands bekämpft worden. Als die Gründung des Zweiten Kaiserreichs 1871 schließlich erreicht war, schrieb etwa Ludwig von Gerlach, Deutschland sei „seit 1648 nicht so zerissen als jetzt“¹⁾. Man konnte und kann unter einem geeinten Deutschland also auch etwas ganz anderes verstehen als das Reich von 1871 oder „in den Grenzen von 1937“; und allein schon die Tatsache, daß die Gründung dieses Reiches mit drei „Einigungskriegen“ verbunden war, macht deutlich, daß die Existenz „Deutschlands“ (in welcher Form auch immer) schon im 19. Jahrhundert auch eine Frage der internationalen Politik war, eine Frage, die nicht von Deutschen allein, sondern stets auch von den europäischen Nachbarn mitentschieden wurde. Für das Verständnis der aktuellen Dimensionen und Implikationen der deutschen Frage ist folglich der Rückgriff auf die Vergangenheit auch jenseits der Epochengrenze von 1945 unerlässlich; er allein macht erst die seither getroffenen Entscheidungen und Entwicklungen voll verständlich und ermöglicht eine rationale Betrachtung des Problems, das sich hinter der deutschen Frage verbirgt²⁾.

I.

Ansatzweise gab es die Frage nach der staatlichen Existenz Deutschlands, seit mit dem Beginn der Neuzeit das Nationale im modernen

Sinne, die Nationalität, allmählich zu einem Gestaltungsprinzip staatlicher Ordnung aufstieg und das Heilige Römische Reich deut-

¹⁾ Zit. n. Gerhard Ritter, Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1858 bis 1876, Heidelberg 1913, S. 389.

²⁾ In Anbetracht der Fülle der Bezüge der folgenden Überlegungen zur älteren und jüngeren Fachdiskussion beschränken sich die Anmerkungen auf unmittelbare Zitatnachweise. Einleitend seien aber eine Reihe von Essays bzw. Essaysammlungen genannt, in deren Tradition diese Skizze steht, auch wenn sie die Akzente zum Teil anders setzt: Andreas Hillgruber, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Düsseldorf 1969; Walter Hofer (Hrsg.), Europa und die Einheit Deutschlands, Köln 1970; Theodor Schieder, Das Deutsche Reich in seinen nationalen und universalen Beziehungen 1871 bis 1945, in: Theodor

Schieder u. Ernst Deuerlein (Hrsg.), Reichsgründung 1870/71, Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, Stuttgart 1970, S. 422–454; Karl-Heinz Ruffmann, Die deutsche Frage im Kräftefeld und als Funktion der internationalen Politik vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Gotthard Jasper (Hrsg.), Tradition und Reform in der deutschen Politik, Gedenkschrift für Waldemar Beson, Frankfurt/Berlin/Wien 1976, S. 54–69; David Calleo, The German Problem Reconsidered: Germany and the World Order, 1870 to the Present, Cambridge 1978 (deutsch u. d. T.: Legende und Wirklichkeit der deutschen Gefahr, Bonn 1980); Josef Becker, Die Deutsche Frage als Problem des internationalen Staatensystems, in: ders. (Hrsg.), Dreißig Jahre Bundesrepublik — Tradition und Wandel, München 1979; zur Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg darüber hinaus die Argumentation bei: Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 1980.

Redigierte Fassung eines Vortrags, der am 1.10. 1981 auf einer Tagung des Staatlichen Instituts für Lehrerfortbildung im Saarland gehalten wurde.

scher Nation demzufolge mehr und mehr als ein verfassungs- und völkerrechtliches „Monstrum“ (so Samuel von Pufendorf nach dem Westfälischen Frieden) empfunden wurde. Politisch relevant wurde die Frage allerdings erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als im Gefolge der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege die Nationalstaatsbildung nach französischem Modell zu einem vorrangigen Gestaltungsprinzip in Europa wurde und die damals aufstrebenden bürgerlichen Kräfte das Nationalstaatsprinzip als ideales Vehikel zur Verwirklichung ihrer Interessen gegenüber dem absolutistischen bzw. semiabsolutistischen Staat zu entdecken begannen. Daß die deutsche Frage schon in dieser frühen Phase auch, wenn nicht sogar in erster Linie, eine Frage der internationalen Politik war, zeigt sich überdeutlich an der staatlichen Neuordnung Deutschlands nach dem Zusammenbruch des napoleonischen Imperiums 1815: Die Schaffung des Deutschen Bundes, die Verhinderung der vollen Annexion Sachsens durch Preußen, der Rückzug Österreichs aus Südwestdeutschland, die Verankerung Preußens am Rhein, all das ist von den europäischen Großmächten mitentschieden worden, und sie haben auch den Deutschen Bund in seiner lockeren Form als Staatenbund garantiert.

Von der Schaffung einer neuen Großmacht im mitteleuropäischen Raum konnte sich keine der bestehenden Großmächte etwas Gutes versprechen, und die deutschen Mittelstaaten hatten keine Veranlassung, über die Arrondierung ihrer Besitzungen hinauszudenken; damit stand gegen eine deutsche Nationalbewegung eine äußerst wirkungsvolle Interessenkoalition deutscher und auswärtiger Staaten. Dem europäischen Gleichgewicht, so formulierte Wilhelm von Humboldt 1816 das Problem in einer Denkschrift, „würde nun durchaus entgegen gearbeitet, wenn in die Reihe der europäischen Staaten, außer den größeren deutschen einzeln genommen, noch ein neuer collectiver in einer, nicht durch gestörtes Gleichgewicht aufgeregten, sondern gleichsam willkürlichen Tätigkeit eingeführt würde, der bald für sich handelte, bald einer oder der andern größern Macht zur Hülfe oder zum Vorwande diene. Niemand könnte dann hindern, daß nicht Deutschland als Deutschland auch ein erobernder Staat würde, was kein ächter Deutscher wollen kann.“³⁾ Nun war die

deutsche Nationalbewegung zu diesem Zeitpunkt ohnehin noch äußerst schwach, so daß die europäischen Mächte keinen Anlaß hatten, unmittelbar gegen die Errichtung eines deutschen Einheitsstaates zu intervenieren. Mit dem Wachsen der Nationalbewegung im Vormärz wurden dann aber die Barrieren sichtbar, die die Garantiemächte des Deutschen Bundes geschaffen hatten.

Die gesamtdeutsche Bewegung von 1848/49 war darum von Anfang an untrennbar in die europäischen Machtverhältnisse verflochten. Ein unitarisches Deutsches Reich mußte das bestehende europäische Gleichgewichtssystem zerstören, und soweit es dann auch noch demokratisch strukturiert war, bildete es eine erhebliche Gefahr auch für die innere Ordnung zumindest der autokratischen Mächte. Keine der außerdeutschen Mächte hat darum die revolutionäre Frankfurter Reichsgewalt anerkannt, jede massiv zugunsten des Status quo eingegriffen — freilich mit Abstufungen: Die stärkste Gegnerschaft gegen einen deutschen Nationalstaat kam von Rußland. Die russische Regierung hoffte zwar anfangs, die national-revolutionären deutschen Kräfte könnten von Preußen gezügelt werden, und hielt sich darum zunächst entsprechend zurück, griff dann aber um so massiver ein, als sie nicht nur die Bildung eines machtsaatlichen Aktionszentrums in Mitteleuropa befürchtete, sondern ebenso ihre autokratische Herrschaftsform und ihr multinationales Imperium in Gefahr sah. Die Briten standen zwar, anders als die russische Regierung, den liberalen Verfassungsbemühungen mit deutlichem Wohlwollen gegenüber und hielten auch eine Stärkung der machtpolitischen Position der Deutschen insgesamt als Gegengewicht gegen Frankreich und Rußland für wünschenswert, fürchteten aber insgeheim auch schon die künftige Konkurrenz, die sich mit der Tätigkeit des Deutschen Zollvereins und den ausgreifenden Flottenplänen deutscher Regierungskreise abzuzeichnen begann. Als die Nationalversammlung den Anschluß der Herzogtümer Schleswig und Holstein an das zu gründende Reich forderte, sah die britische Regierung das Maß dessen, was England tolerieren konnte, als überschritten an und zwang, von Frankreich und Rußland unterstützt, die preußischen Truppen zum Rückzug. In Frankreich waren die Reaktionen ähnlich: Zwar wegen der eigenen revolutionären Entwicklung vielfach widersprüchlich, undeutlich und schwach, vielfach voller Sympathie für die Verfassungsbewegung und die Idee des antirussischen

³⁾ Wilhelm von Humboldt, Eine Auswahl aus seinen politischen Schriften, Berlin 1922, S. 125.

Volkskrieges aus ordnungspolitischen wie machtstaatlichen Gründen begrüßend; aber in der Summe dann doch eine grundsätzliche Ablehnung der staatlichen Einheit Deutschlands, in welcher Form auch immer, ob kleindeutsch oder großdeutsch, demokratisch oder konstitutionell. Die Sicherheit der eigenen Nation ließ die Übertragung des nationalrevolutionären Modells von 1789 auf den potentiell über größere Ressourcen verfügenden Nachbarn nicht zu. Wenn die deutsche Revolution von 1848/49 auch nicht nur an der Gegnerschaft der europäischen Großmächte scheiterte, so standen ihr doch auch die gesamteuropäischen Machtverhältnisse im Wege; und durch mangelndes außenpolitisches Augenmaß hat die nationale Bewegung selbst den allenfalls noch verbliebenen Spielraum für eine erfolgreiche Politik vertan.

Daß die Reichsgründung von 1871 gelang, war zwei grundlegenden, sich wechselseitig beeinflussenden Veränderungen gegenüber der Situation von 1848 zu verdanken: Zum einen zerfiel die seit 1815 im wesentlichen durchgehaltene Solidarität der europäischen Großmächte mit dem Krimkrieg von 1854—1856. Die englisch-russische Rivalität nahm jetzt zu, ohne daß sich die englisch-französische Rivalität verringerte; Österreich wurde von Rußland und von den Westmächten isoliert, während Preußen seine Beziehungen zu beiden Seiten wahren konnte; das Zarenreich konzentrierte seine Anstrengungen auf die Revision der im Frieden von Paris 1856 festgelegten Schwarzmeer-Klauseln, wandte sich also dem südosteuropäischen Raum zu und, zumindest in gewissem Maße, von Fragen der mitteleuropäischen Politik ab. Zum zweiten bewegte sich die deutsche Einigungspolitik immer deutlicher auf die „kleindeutsche“ Lösung zu, definitiv mit dem preußischen Sieg über Österreich 1866, der nicht zuletzt deshalb unangefochten blieb, weil das „kleindeutsche“ Reich unter

preußischer Führung jene Lösung der deutschen Frage darstellte, die von den europäischen Mächten, wenn überhaupt, dann noch am ehesten ertragen werden konnte.

Bismarck, selbst kein Vertreter des nationalen Gedankens, sondern Anwalt preußischen Großmachtinteresses, hat diese Veränderung der internationalen Lage erkannt und äußerst geschickt zugunsten Preußens ausgenutzt, ohne festen Fahrplan, aber doch immer so, daß er den Spielraum der preußischen Politik beständig erweiterte. Der stärkste Widerstand gegen die „kleindeutsche“ Lösung ging — verständlicherweise — von Frankreich aus; um ihn zu brechen, bemühte sich Bismarck mit Erfolg um eine Neutralisierung Rußlands, ohne dessen Beteiligung eine antideutsche Einheitsfront der Großmächte undenkbar war. Der Preis, den Bismarck für die wohlwollende Neutralität der Zarenregierung im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 zahlen mußte, war die Aufhebung der Pontus-Klauseln, die 1871 gegen den Widerstand der Briten erfolgte. Regierung und Öffentlichkeit in Großbritannien nahmen die Entwicklung hin — die Begeisterung für die Verfassung des neuen Staates war zwar bedeutend geringer als 1848, dafür war die Eindämmung der Franzosen unter machtstaatlichen Gesichtspunkten nun um so willkommener. Äußerst negativ reagierten dagegen die Polen: Die Schaffung des Deutschen Reiches unter dem Patronat ihrer Okkupationsmächte Preußen und Rußland verminderte die Chancen auf die staatliche Wiedergeburt der eigenen Nation ganz erheblich. Cum grano salis läßt sich also feststellen, „daß die Freude über dieses Ereignis (= die Reichsgründung) um so größer war, je weiter eine Land vom Schauplatz der Ereignisse entfernt war oder umgekehrt, das Unbehagen um so ausgeprägter, je näher man sich dabei befand“⁴⁾.

II.

Tatsächlich bedeutete die Schaffung des kleindeutschen Nationalstaates eine tiefgreifende Umwälzung des europäischen Staatensystems. Ein neues Machtzentrum in Mitteleuropa war entstanden, das an Gewicht um so mehr zunahm, als das Reich im Begriffe stand, alle anderen europäischen Großmächte im Industrialisierungstempo zu überholen. Die Zeitgenossen haben diese Umwälzung durchaus als solche empfunden, am markantesten Benjamin

Disraeli, der 1871 das Ergebnis des deutsch-französischen Krieges „die deutsche Revolution“ nannte, „ein größeres *politisches* Ereignis, als die Französische Revolution des letzten Jahrhunderts“⁵⁾. Eben weil er um diese sy-

⁴⁾ Walter Hofer (Hrsg.), Europa und die Einheit Deutschlands, Köln 1970, S. 338.

⁵⁾ Zit. n. Leopold von Muralt, Deutschland und das europäische Gleichgewicht, in: Walter Hofer (Hrsg.), a. a. O., S. 15.

stemsprengende Potenz des neuen Reiches wußte, hat Bismarck nach der Reichsgründung Deutschland für „saturiert“ erklärt und das „friedliche Nebeneinanderwohnen der großen europäischen Mächte“ zum Ziel deutscher Politik proklamiert: Das neue Reich sollte als Ordnungsfaktor im Sinne des traditionellen europäischen Gleichgewichtssystems empfunden werden, nicht als potentielle Hegemonialmacht im Herzen Europas, vor der schon Wilhelm von Humboldt zurückgeschreckt war, und die es doch tatsächlich war. Um die 1871 errungene Großmachtstellung zu wahren und für die übrigen Großmächte erträglich zu gestalten, suchte Bismarck, so gut es ging, Interessengegensätze zwischen den übrigen Mächten zu stabilisieren und zu vertiefen und Spannungen insgesamt von Mitteleuropa weg auf Südosteuropa und später auch auf die überseeischen Expansionsgebiete der imperialistischen Mächte hin zu lenken — eine Politik, die ihren Höhepunkt auf dem Berliner Kongreß von 1878 erlebte, als Bismarck das Reich zum „ehrlichen Makler“ stilisieren konnte.

Diese Politik war jedoch von Anfang an gefährdet: Einmal schufen die Annexion Elsaß-Lothringens und der Versuch der „Eindeutschung“ der polnischen Reichsbewohner auf Dauer belastende Konfliktpotentiale, die eine auf Gleichgewicht bedachte Politik immer wieder stören konnten. Zum ändern und vor allem konnte die für die Politik des „ehrlichen Maklers“ notwendige Zurückhaltung beim Erwerb von Kolonien und überseeischen Einflußzonen angesichts der dynamischen Expansion der übrigen imperialen Großmächte zu einem relativen Absinken der eigenen Position im Kreis der Großmächte führen. Es ist daher kein Wunder, daß es Bismarck in den achtziger Jahren immer schwerer fiel, seinen Kurs durchzuhalten, und daß dessen innenpolitische Basis immer geringer wurde. „Wir müssen begreifen“, gab Max Weber in seiner berühmten Antrittsvorlesung von 1895 einem unterdessen nahezu allgemeinen Empfinden der reichsdeutschen Gesellschaft Ausdruck, „daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtspolitik sein sollte.“⁶⁾ Liberale Imperialisten wie Max Weber, Friedrich Naumann oder Gustav Stresemann verlangten eine

durch Beseitigung der konstitutionellen Fesseln abgestützte ökonomische Weltmachtpolitik, die alle gesellschaftlichen Kräfte im Innern anspannte, um eine um so stärkere Machtentfaltung nach außen zu ermöglichen; „alldesche“ und militaristische Kräfte drängten umgekehrt zur Zurücknahme der bereits zugestandenen liberalen Freiheiten, um den Staat für einen Eroberungskrieg wappnen zu können.

Beide Gruppen, so lautstark sie waren, konnten sich gewiß weder in der späten Bismarckzeit noch in der Wilhelminischen Ära ab 1890 voll durchsetzen. Dennoch dachte die Reichsleitung nach Bismarck (und durch eine breite Opposition gegen Bismarck im Generalstab und Auswärtigen Amt in dessen letzten Amtsjahren schon vorbereitet) weit „imperial“ als der erste Reichskanzler, zielte sie nicht mehr auf den Erhalt des Reiches allein, sondern ging es ihr um die Machtstellung des nun als festen Machtblock in Mitteleuropa angesehenen Zweibundes Deutsches Reich/Österreich-Ungarn, eines Blocks, der sich im Zuge der Wirtschaftsexpansion nach der Jahrhundertwende in Gestalt einer deutschen Einflußsphäre weit nach Südosten bis in das Osmanische Reich hinein ausweitete. Als sich dann im Zuge einer solchen Machtblockpolitik in der Julikrise 1914 der auch zuvor schon häufig geäußerte Gedanke eines Präventivkrieges durchsetzte — indem er von Reichskanzler Bethmann Hollweg als mögliche Konsequenz eines auf „Sprengung“ der gegnerischen Koalition angelegten diplomatischen Manövers akzeptiert wurde —, war der von Bismarck errichtete Damm gegen den vollen Durchbruch der „deutschen Revolution“ endgültig gebrochen; die liberalimperialistischen und militaristischen Kräfte kamen zum Zuge. Wohl blieb auch jetzt noch umstritten, welchen Expansionszielen im einzelnen Vorrang eingeräumt werden sollte und ob Methoden informeller Herrschaftssicherung oder direkte Annexionen und offene Gewaltpolitik den Interessen des Reiches besser dienten; in der Summe liefen die Kriegszielvorstellungen der politisch entscheidenden Kräfte des Reiches jedoch übereinstimmend auf die Etablierung eines nach Ost und West erweiterten „Mitteleuropas“ unter deutscher Hegemonie hinaus, auf die Schaffung einer beherrschenden kontinentaleuropäischen Stellung des Reiches also, die die Basis bilden sollte für eine in einer zweiten Phase zu erringende maritimkoloniale Weltmachtposition — Ziele, an die Hitler später unmittelbar anknüpfen konnte, auch wenn

⁶⁾ Max Weber, Politische Schriften, Tübingen 1958², S. 23.

er sie mit seinem rassenideologischen Universalismus überhöht hat. Mit der Erschöpfung der militärischen Reserven des Reiches und seiner Verbündeten bröckelte dieser Konsens dann wieder ab, trat auf der liberalen Seite bis in die Reichsleitung hinein allmählich wieder die Bereitschaft, sich im Westen mit dem Status quo ante zufriedenzugeben; doch konnte sich diese Teil-Revision der deutschen Kriegszielpolitik nicht eindeutig durchsetzen und war vor allem seit der — von einem breiten Konsens getragenen — Verwirklichung der Expansionspläne nach Osten hin im Vertrag von Brest-Litowsk für die Westmächte nicht mehr akzeptabel.

Eine Zerstörung des europäischen Staatensystems in einem solchen Ausmaß, wie es von den Deutschen zeitweilig angestrebt wurde, hat keiner der Kriegsgegner Deutschlands verfochten; was verfochten wurde, war — in unterschiedlichen Ausmaßen — eine Zurückdrängung Deutschlands auf oder knapp unter die 1871 errungene Position. Am weitesten ging man dabei in Frankreich, wo sich die Forderung nach Abtrennung bestimmter Gebiete vom Deutschen Reich weithin durchsetzte: Elsaß-Lothringen natürlich, bestimmte östliche Gebiete, Nordschleswig, daneben aber auch das Rheinland. Im Winter 1916/17 machte sich die französische Regierung die Forderung nach Schaffung eines neutralen rheinischen Pufferstaates offiziell zu eigen; 1918/19 ging Clemenceau mit Vorstellungen dieser Art in die Friedensverhandlungen; und auch nachdem der Rheinstaatsgedanke auf der Versailler Konferenz Schiffbruch erlitten hatte, hat die französische Politik bis 1923 separatistische Bestrebungen im Rheinland zumindest inoffiziell gefördert. Die britische Regierung begnügte sich dagegen damit, die deutsche Weltmachtstellung zu beseitigen, dem Reich also die Flotte, die Kolonien und die überseeischen Einflußgebiete zu nehmen; sobald dies erreicht war, achteten die Briten darauf, Deutschland als in etwa gleichrangiges Gegengewicht gegen eine französische Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent zu erhalten. In den Friedensverhandlungen setzte sich die britische Delegation fol-

lich für Regelungen nach dem Nationalitätenprinzip ein, sowohl bezüglich Elsaß-Lothringen und Polens als auch bezüglich Österreich-Ungarns; und die amerikanische Regierung schloß sich diesen Vorstellungen — mehr aus prinzipiellen denn aus genuin machtpolitischen Gründen wie im britischen Falle — nahezu vorbehaltlos an. Rußland blieb nach der Oktoberrevolution von 1917 von der definitiven Friedensregelung ausgeschlossen, hatte aber auch schon zuvor unter dem Zarenregime kein eindeutiges Kriegszielprogramm entwickelt: Daß Ostpreußen, Posen, Schlesien und Galizien in den russischen Machtbereich einbezogen werden sollten, hatte einigermaßen festgestanden, aber wie dies geschehen sollte, war unklar geblieben, nachdem man sich auch bezüglich der künftigen Stellung Polens nicht zu einer eindeutigen Lösung hatte durchringen können.

Die in Versailles beschlossene Friedensordnung für Europa folgte im wesentlichen den Vorstellungen der angelsächsischen Mächte. Die staatliche Einheit des — geschichtlich gesehen ja noch sehr jungen — Deutschen Reiches blieb bestehen, obwohl dies, wie wir gesehen haben, keineswegs selbstverständlich war. Die Gebietsverluste des Reiches waren nicht unbeträchtlich, ließen sich aber in der Regel mit dem Nationalitätenprinzip rechtfertigen; und wo das nicht der Fall war, also im Saargebiet und in Oberschlesien, wurden dilatorische Kompromisse getroffen, die eine spätere Regelung nach dem Selbstbestimmungsrecht ausdrücklich einschlossen. Nur im Falle der Deutsch-Österreicher und Deutsch-Böhmen, die nach dem Zerfall des Habsburger Vielvölkerstaates für den Anschluß an das Deutsche Reich votierten, blieb das Selbstbestimmungsrecht grundsätzlich versagt: Hier stimmten alle Siegermächte in der Furcht vor einer erneuten Revolutionierung des europäischen Gleichgewichtssystems überein. Insgesamt wurde der bis 1914 durch Industrialisierung und imperiales Ausgreifen gewonnene Machtzuwachs des Reiches in etwa wieder zurückgenommen, doch wurde es keineswegs auf den Status einer mittleren Macht reduziert, vielmehr behielt es alle Chancen, die bisherige Großmachtstellung wiederzugewinnen.

III.

Diese Chancen wurden, was eine auf die „Schmach von Versailles“ konzentrierte Betrachtungsweise lange Zeit übersehen hat,

durch die Entwicklung des internationalen Staatensystems nach dem Ersten Weltkrieg sogar noch verstärkt: Das Deutsche Reich

brauchte sich nicht länger von einer Assoziation Englands, Frankreichs und Rußlands eingekreist zu fühlen; vielmehr entwickelte sich zwischen Großbritannien und der Sowjetunion ein ideologisch-ordnungspolitisch begründeter weltweiter Gegensatz, und Briten und Franzosen entfremdeten sich über ihre gegensätzlichen Vorstellungen von der Machtverteilung auf dem europäischen Kontinent. Diese Entwicklung ließ sowohl die Sowjetunion als auch Großbritannien zu objektiven Verbündeten eines deutschen Wiederaufstiegs werden (natürlich nur, solange er nicht zur Dominanz Deutschlands führte), und auch der dritte der ehemaligen Hauptgegner des Deutschen Reiches sah sich schließlich zu einer kooperativen Politik gegenüber dem „Erbfeind“ gezwungen, wollte er nicht erneut, wie schon 1870, in den Windschatten der europäischen Politik geraten. Mit der Sowjetunion teilte das Deutsche Reich das Streben nach Ausbruch aus der Isolation, Revision der im Versailler Vertrag festgeschriebenen Machtverhältnisse im allgemeinen und Korrektur der beiderseitigen Grenzen zu Polen im besonderen. In Großbritannien entsprach den deutschen Bemühungen um eine Revision des Versailler Vertrages eine wachsende Abneigung gegen französisches Hegemoniestreben auf dem Kontinent. Selbst in Frankreich gewannen ab 1924 mit dem Wahlsieg des Linkskartells Kräfte an Gewicht, die die Poincarésche Politik der Sicherheit durch Dominanz auf dem europäischen Kontinent nicht für der Weisheit letzten Schluß hielten und um eine Einbindung Deutschlands in das europäische Staatensystem durch Verständigung bemüht waren. Immerhin fand sich Frankreich 1925 zur Unterzeichnung des Locarno-Vertragspakts bereit und war Außenminister Briand in den folgenden Jahren um eine Aufhebung der Deutschland diskriminierenden Elemente des Versailler Vertragssystems bemüht.

Bei den deutschen Bemühungen um eine Revision des Versailler Vertragswerkes und eine Wiederherstellung der deutschen Großmachtposition standen sich zwei Konzeptionen gegenüber, die vom deutschen Generalstab schon im Dezember 1918, unmittelbar nach der Niederlage, kontrovers diskutiert worden sind: Die Konzeption Seeckts (des späteren Chefs der Heeresleitung) zielte darauf, mit Rußland zusammen Polen zu zerschlagen und mit russischer Rückendeckung einen Befreiungskrieg gegen Frankreich zu führen; die Konzeption Schleichers (der grauen Eminenz des Jahres 1932) lief — weit realistischer —

darauf hinaus, zunächst das Reich innenpolitisch zu konsolidieren, wirtschaftlich gesunden zu lassen und damit eine Basis für eine kraftvolle Vertretung der deutschen Interessen nach außen zu gewinnen. Seeckts Konzeption konnte sich (trotz eines Teilerfolgs in Rapallo) letztlich nicht durchsetzen; Schleichers Konzeption ist dann ab 1924 von Stresemann Schritt für Schritt verwirklicht worden. Gegenseitiges Ausspielen der unter den Großmächten vorhandenen Gegensätze, Operieren mit den öffentlichen Meinungen in Europa, insbesondere mit jenen Kräften, die für die Wilsonschen Prinzipien eintraten, Ausspielen der wirtschaftlichen Möglichkeiten des Reiches, Bemühen um eine Stärkung des militärischen Potentials — das waren die Elemente der Stresemannschen „Verständigungspolitik“, die letztlich ebenso zielbewußt auf die Wiederherstellung einer faktisch-realen Großmachtstellung mit der Möglichkeit des Ausgreifens nach Übersee zielte wie ihre Vorgänger und die darum Hoffnungen auf einen tatsächlichen stabilen Interessenausgleich in einem „Vereinten Europa“ sehr schnell an ihre Grenzen stoßen ließ.

Der Übergang von dieser in ihren Mitteln gemäßigten Revisionspolitik zu jener deutschen Außenpolitik, die in den Zweiten Weltkrieg geführt hat, erfolgte schrittweise. Schon unter Brüning wurde der deutsche Staatsegoismus stärker betont als unter Stresemann: Brüning lehnte Briands Plan einer „europäischen föderalen Union“, die auf die Festigung des Status quo hin angelegt schien, mit der Begründung ab, es müsse zuerst „eine gerechte und dauerhafte Ordnung Europas“ geschaffen werden, „in dem Deutschland seinen ausreichenden natürlichen Lebensraum haben müsse“⁷⁾. Mit den Plänen für eine deutsch-österreichische Zollunion und die erneute Durchdringung Südosteuropas trat die deutsche Politik jetzt wieder ganz offen in die Nachfolge der traditionellen Mitteleuropa-Pläne. Wie wir aus Brünings Memoiren wissen, wollte der mit Notverordnungen regierende Reichskanzler zurücktreten, sobald die Reparationsschuld gestrichen und die formale militärische Gleichberechtigung erreicht war (diese Ziele waren unterdessen in der Tat zum Greifen nahe); seine Austeritätspolitik würde, so hoffte er, bis dahin die deutsche Position auf dem Weltmarkt soweit gestärkt haben, daß ein auf

⁷⁾ Zit. n. Walter Lippens, Europäische Einigungsidee 1923—1930 und Briands Europaplan im Urteil der deutschen Akten, in: Historische Zeitschrift 203 (1966), S. 339.

ihn folgendes Kabinett, der autoritären Rechten wieder offen deutsche Großmachtspolitik betreiben konnte. Mit dem Sturz Brüning und der Etablierung der Regierung Papen trat das Ziel, effektiv Freiheit für die Wiederaufrüstung zu erlangen, in den Vordergrund der deutschen Politik. Bürokratie und Generalität arbeiteten auf ein schnelles Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz und die dann möglich werdende offene Wiederaufrüstung über die in Versailles gezogenen Grenzen hinaus hin.

Hitlers Regierungsantritt am 30. Januar 1933 bedeutete zunächst keine Radikalisierung dieses Kurses; im Gegenteil drosselte der nationalsozialistische Führer bis September 1933 sogar das Tempo der Revisionspolitik, um nicht unnötigerweise geschlossenen Widerstand der Siegermächte von 1918/19 zu provozieren. Die Politik der folgenden Jahre bewegte sich durchaus in den seit der Wilhelminischen Ära vorgezeichneten Bahnen; erst nachdem Hitler die Vertreter des liberalen Wirtschaftsimperalismus (Schacht 1936) und des wilhelminischen Weltmachtgedankens (Blomberg 1938) eliminiert hatte, ging seine Politik mit rassenideologisch begründeten Vernichtungsvorstellungen und radikaler Zuspitzung des sozialdarwinistischen Alles-Oder-Nichts-Prinzips — Weltherrschaft oder Untergang — qualitativ über das bisherige deutsche Hegemonialstreben hinaus. Freilich bewegte sie sich auch fortan auf dem Resonanzboden der bisherigen Weltmachtvorstellungen; nur darum ließ sie sich so widerstandslos durchsetzen und im Zweiten Weltkrieg gegen alle widrigen Umstände so lange durchhalten.

Dieser Zweite Weltkrieg war darum unter Kontinuitätsgesichtspunkten der zweite und diesmal erfolgreiche Versuch, Deutschlands halbhegemoniale Stellung in Europa zugunsten einer dominierenden Stellung zu überwinden und damit das traditionelle europäische Staatensystem zu zerstören. Beides hat Hitler erreicht, auf Dauer freilich nur das zweite. Nachdem die europäischen Mächte schon 1938 dem Übergang Deutschlands zur hegemonialen Stellung in Mitteleuropa (durch die „nachgeholt“ Angliederungen Österreichs und des Sudetenlandes) keinen Widerstand mehr entgegensetzen konnten und sie 1939/40 vom Ansturm der deutschen Truppen förmlich überrannt wurden, konnte sich ein europäisches Staatensystem aus eigener Kraft nicht mehr rekonstruieren. Das erste Ziel — der Kontinent unter deutscher Herrschaft —

scheiterte, nachdem es für einen Moment realisiert schien, am Zusammentreffen der geostrategischen Vorteile Englands und der Sowjetunion, die Hitler nicht gleichzeitig überwinden konnte, und am Aufstieg der USA zur ersten und nunmehr auch weltweit interessierten Industriemacht der Welt. Das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges war darum ein Machtvakuum in Europa, in das die beiden neuen Weltmächte USA und UdSSR geradezu zwangsläufig vordringen mußten.

Was mit „Deutschland“ nach dieser Zerstörung Europas werden sollte, darüber herrschte im Lager der Sieger eine bis dahin nicht dagewesene Unsicherheit. In Großbritannien überwog zunächst die Forderung nach Zerstörung des aggressiven Aktionszentrums im Herzen Europas durch Aufteilung des Deutschen Reiches in selbständige Einzelstaaten, doch verminderte dann die Sorge, das deutsche Potential könne dem sowjetischen Expansionsstreben zum Opfer fallen, deutlich die Bereitschaft, diese Teilungspläne zu realisieren. In Frankreich konnten sich diese zwar eindeutiger durchsetzen, konkretisierten sie sich insbesondere erneut in der Forderung nach einem separierten Rheinstaat und erstmals nach der Separierung des Industriereviere der Ruhr, doch warnten hier von Anfang an starke Gegenkräfte, daß Verletzungen des nationalen Selbstbestimmungsprinzips nur erneuten Revanchismus provozieren würden und Sicherheit vor Deutschland daher ohne die Einbindung der Deutschen in eine starke internationale Organisation nicht möglich sei. In den USA standen sich die Forderung nach radikaler Beseitigung des mitteleuropäischen Unruheherdes durch Entindustrialisierung und das Interesse an einer Rekonstruktion des deutschen Marktes unvermittelbar gegenüber; ab Kriegsende bestimmte dann vorwiegend die Sorge, gegenüber dem sowjetischen Konkurrenten nicht ins Hintertreffen zu geraten, die konkrete amerikanische Deutschlandpolitik. Die sowjetische Führung schließlich schwankte zwischen Maßnahmen zur Verhinderung einer neuen deutschen Hegemonie auf dem europäischen Kontinent und Maßnahmen zur Verhinderung einer amerikanischen Vormachtstellung in Europa, die sich nach dem Zusammenbruch des traditionellen europäischen Staatensystems von einem besetzten Deutschland aus leicht etablieren konnte.

Gerade wegen der Unentschiedenheit der Siegermächte geriet die deutsche Frage sehr schnell in den Sog der bipolaren Blockbildung im Zeichen des Kalten Krieges. Weder die

westliche Seite noch die Sowjetmacht glaubten es sich leisten zu können, das deutsche Potential ganz der Gegenseite zufallen zu lassen, und von einem bestimmten Punkt der Konflikteskalation an konnten sie es sich auch tatsächlich nicht mehr leisten. Damit blieben nur noch die Alternativen, Deutschland entweder in eine östliche und eine westliche Dependence zu teilen oder das gesamte Deutschland zu einer neutralen Pufferzone zwischen Ost und West zu deklarieren, von den Gebietsverlusten östlich von Oder und Neiße abgesehen. De facto lief die Entwicklung seit 1945 auf die erstgenannte Lösung zu, indem sich nämlich in den westlichen und in der sowjetischen Besatzungszone unterschiedliche, mehr und mehr gegensätzliche Gesellschaftssysteme etablierten; von den Zeitgenossen wurde jedoch bis in die Mitte der fünfziger Jahre hinein auch die zweite Alternative ernsthaft diskutiert — nicht nur von Deutschen, die auf diese Weise an der Spaltung der Nation vorbeizukommen hofften und mit einer Vermittlerrolle zwischen Ost und West die alte Großmachtspolitik wiederaufzunehmen gedachten, sondern auch von den beiden Hauptantagonisten des Kalten Krieges, die (zu unterschiedlichen Zeitpunkten freilich!) die negativen Konsequenzen einer Neutralisierung geringer einschätzten als die belastenden Folgewirkungen einer Teilung.

Auf amerikanischer Seite ist die Neutralisierung — was bisher kaum bekannt war — im Sommer 1948 erwogen worden, als die im Gefolge des amerikanischen Wiederaufbauprogramms für Westeuropa unausweichliche Gründung der westdeutschen Bundesrepublik durch die Berliner Blockade torpediert zu werden drohte. Daß die Versorgung der West-Berliner Bevölkerung aus der Luft technisch zu bewerkstelligen sein würde, war damals noch nicht abzusehen; einen Krieg wegen Berlin wollte aber kaum jemand riskieren, weder in den USA und schon gar nicht in Europa. Langfristig gesehen, schienen die Westmächte in Berlin also in einer unhaltbaren Position zu sein, und die von Stalin als Voraussetzung für die Aufhebung der Blockade verlangte Suspendierung der westdeutschen Staatsgründung konnte folglich mehr und mehr auf Unterstützung im Westen rechnen, insbesondere bei den mit den in London beschlossenen Gründungsvereinbarungen sehr unzufriedenen Franzosen und nicht zuletzt bei den Deutschen, deren Ministerpräsidenten dem angeordneten Schritt zur Staatsgründung zunächst deutlich Widerstand entgegengesetzten. Befragt,

wie sich die amerikanische Regierung angesichts des sich abzeichnenden Dilemmas verhalten sollte, entwickelte der Politische Planungsstab des State Department unter George F. Kennan den Plan einer sowjetisch-westlichen Vereinbarung über einen beiderseitigen Truppenabzug aus Deutschland, gefolgt von der Restitution eines unabhängigen gesamtdeutschen Staates: „Wir könnten dann ohne Prestigeverlust aus Berlin abziehen, und die Bevölkerung der Westsektoren würde nicht unter sowjetische Herrschaft fallen, weil die Russen die Stadt ebenfalls verlassen würden.“⁸⁾ Eine solche Lösung erschien dem Planungsstab trotz des Risikos beträchtlicher Komplikationen des europäischen Wiederaufbauprogramms und der Möglichkeit einer Abwendung der vereinten Deutschen vom Westen immer noch akzeptabler zu sein als eine dauernde Belastung mit dem Berlin-Problem, mit einem ohne die Verbindung zum Osten und ohne europäische Föderation wirtschaftlich nicht lebensfähigen Westdeutschland, mit auf Wiedervereinigung sinnenden Westdeutschen und mit einer Perpetuierung der Spaltung Europas.

Daß dieser Neutralisierungsplan nicht durchgeführt wurde (und auch nicht an die Öffentlichkeit drang), war vor allem dem Erfolg der Luftbrücke nach Berlin zu verdanken, der sich Ende August 1948 abzuzeichnen begann; in der amerikanischen Führung überwog nun die Furcht vor einem nicht wiedergutzumachenden Vertrauensverlust der USA in Westeuropa im Falle eines Rückzugs aus Berlin. Daneben spielte das Votum der französischen Regierung in dieser Krisensituation eine wichtige Rolle: Sie stimmte nicht, wie man hätte erwarten können, für eine Revision der ungeliebten Londoner Deutschlandvereinbarungen, sondern für die Aufrechterhaltung der westlichen Positionen in Berlin — ein zweigeteiltes Deutschland, verbunden mit dauernder Anwesenheit amerikanischer Truppen auf deutschem Boden, schien ihr nun doch ein kleineres Übel zu sein als ein neutralisiertes Gesamtdeutschland. Das Deutschland-Problem sollte — zum Teil wenigstens — durch die Integration des westlichen Reichsteils in eine eng verbundene westliche Staatengemeinschaft gelöst werden; in diesem Sinne richtete sich die Gründung der NATO und der ersten europäischen Institutionen nicht nur gegen die sowjetische Bedrohung, sondern auch gegen eine neue deutsche Gefahr.

⁸⁾ Foreign Relations of the United States 1948, vol. III, Washington 1973, S. 1288—1296.

Sowjetischerseits ist die Neutralisierung Gesamtdeutschlands (auch hier natürlich ohne die Gebiete östlich von Oder und Neiße) dann bekanntlich 1952/53 erwogen und proklamiert worden. Das sowjetische Verhandlungsangebot vom Frühjahr 1952 — ein Gesamtdeutschland, das innerhalb eines gemäß den Potsdamer Vereinbarungen zu bestimmenden „demokratischen“ Rahmens frei über seine Geschicke bestimmen konnte — war gewiß zunächst taktisch gemeint, als Mittel, die mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft drohende Bewaffnung der Bundesrepublik zu verhindern; darüber hinaus spiegelte es aber auch ähnliche Überlegungen wider, wie sie die amerikanische Führung zweieinhalb Jahre zuvor bewegt hatte. Wie damals im amerikanischen Falle bedeutete das sowjetische Angebot einen Verzicht auf die bereits errungene Verfügungsgewalt über einen Teil Deutschlands, erzwungen durch die Furcht vor der Alternative, in diesem Falle vor einem rüstungsintensiven Militärblock an der Westgrenze des sowjetischen Einflußbereiches. Wie damals war die Konzession eines von alliierten Truppen befreiten Gesamtdeutschlands mit schwer kalkulierbaren Risiken verbunden, was seine künftige innen- und außenpolitische Orientierung wie den Zusammenhalt der verbleibenden Teile des eigenen Lagers betraf; wie damals rechneten sich die Befürworter des Neutralisierungsplans jedoch gute Chancen aus, das deutsche Potential in der Ost-West-Auseinandersetzung schließlich doch noch zugunsten des jeweils eigenen Lagers verbuchen zu können: die Amerikaner im Vertrauen auf die Attraktivität des westlichen Gesellschaftsmodells in freien Wahlen, die Sowjets, indem sie einerseits in ostentativer Anknüpfung an die „Rapallo-Linie“ in den deutsch-sowjetischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit auf ein Bündnis mit den nationalkonservativen Kräften Deutschlands setzten und sich andererseits mit der Durchführung von „Demokratisierungs“-Maßnahmen sowie durch die ständige Präsenz von DDR- und UdSSR-Vertretern in dem zu freien Wahlen und Friedensvertrag führenden Prozeß ein Minimum an permanentem Einfluß auf die künftige Politik Gesamtdeutschlands zu sichern gedachten.

Die Chancen des sowjetischen Neutralisierungsprojekts waren freilich von Anfang an weit geringer als die Chancen der amerikanischen Pläne von 1948. In Frankreich und Großbritannien weckte das sowjetische Angebot zwar vage Hoffnungen auf einen Abbau der

Ost-West-Konfrontation in Mitteleuropa und, damit verbunden, auf eine Verhinderung der problematischen westdeutschen Wiederbewaffnung im letzten Moment, so daß die beiden Regierungen unter starkem innenpolitischen Druck zeitweilig eine ernsthafte Prüfung der Noten erwogen. Doch fehlte ihren Initiativen der nötige Nachdruck, da die große Mehrheit der Franzosen andererseits in einem mit einer Nationalarmee ausgestatteten Gesamtdeutschland ein noch größeres Sicherheitsrisiko sah, als es mit der Ost-West-Spannung in Europa und in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft integrierten westdeutschen Streitkräften gegeben war, da weiterhin die Briten nicht erneut wie in der Zwischenkriegszeit zum Schutze Frankreichs vor einem potentiell starken Deutschland verpflichtet werden wollten und beide grundsätzlich von der Notwendigkeit einer militärischen Stärkung des Westens gegenüber der Sowjetunion überzeugt blieben. Die amerikanische Regierung vermochte dem sowjetischen Angebot überhaupt keine positiven Seiten abzugewinnen, zielte es doch daraufhin ab, das amerikanische Eindämmungswerk in seinem wirtschaftlichen, militärischen und politischen Herzstück in Europa zu treffen. Hinzu kam, daß von den politischen Führungskräften der Bundesrepublik kaum jemand bereit war, die im Laufe der Jahre seit Kriegsende gesetzten wirtschafts-, gesellschafts- und verfassungspolitischen Prioritäten Westdeutschlands zugunsten eines gesamtdeutschen Neuanfangs mit unsicherem Ausgang aufs Spiel zu setzen, weder Adenauer, der in einer Neutralisierung eine außenpolitische Unmöglichkeit und eine innenpolitische Katastrophe (durch den Wiederaufstieg der nationalistischen Kräfte) sah, noch die „nationale“ Opposition, die mit dem Beharren auf den Reichsgrenzen von 1937 und der Beseitigung jeglicher sowjetischer Kontrollmöglichkeiten Maximalforderungen stellte, die die Sowjetregierung nicht konzedieren konnte.

An der westlichen Ablehnung des sowjetischen Neutralisierungsangebots war darum auch nicht mehr zu rütteln, als die sowjetische Führung nach dem Tode Stalins im März 1953 damit begann, die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone durch die Zurücknahme zahlreicher Kollektivierungs- und Uniformierungs-Beschlüsse auf eine mögliche Wiedervereinigung hin abzustellen. Die neuerliche sowjetische Initiative führte nur dazu, daß sich die Arbeiter (die von den Liberalisie-

rungsbemühungen ausgenommen worden waren) und die sonstigen DDR-Bewohner (die aus der Ankündigung des „neuen Kurses“ Mut schöpften) am 17. Juni 1953 in einer breiten Aufstandsbewegung gegen die Herrschaft Ulbrichts empörten; die Westmächte sahen auch in der offenkundigen Infragestellung des DDR-Systems durch die sowjetische Führung keinen Anlaß, ihren deutschlandpolitischen Kurs zu überprüfen. Nachdem der Aufstand das ganze Ausmaß sowohl der Unpopularität des Sowjetregimes als auch der Unbeweglichkeit der Westmächte deutlich gemacht hatte, setzte sich in der Sowjetführung die Ansicht durch, es sei besser, den mitteleutschen Teil-

staat zu stabilisieren, anstatt weiter auf gesamtdeutsche Lösungen zu hoffen. Fortan machte die Sowjetführung gesamtdeutsche Regelungen von einer vorherigen Anerkennung des DDR-Regimes abhängig und damit für die Westmächte und die Westdeutschen vollends inakzeptabel; damit war die gesamtdeutsche Alternative endgültig aus dem Bereich kurz- oder mittelfristig erreichbarer politischer Lösungen ausgeschieden. Im Jahr 1955 ratifizierte dann die zeitlich parallele Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und der DDR in den (eigens zu diesem Zweck geschaffenen) Warschauer Pakt die tatsächlich längst vollzogene Teilung der Nation.

V.

Der damit erreichte Status der deutschen Frage wurde von keiner der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges als optimale Lösung betrachtet, stellte aber doch einen für alle einigermäßen akzeptablen Kompromiß dar: Die Sowjetunion sah sich zwar mit einer wirtschaftlich und militärisch starken amerikanischen-westdeutschen Entente konfrontiert, hatte aber die Grenzen ihres Sicherheitssystems bis in die Mitte des deutschen Territoriums vorgeschoben und stabilisierte sie in den folgenden Jahren; die Westmächte hatten den westlichen Teil Deutschlands in ein starkes westliches Organisationsgeflecht eingebunden, das Schutz vor sowjetischer wie vor deutscher Bedrohung bot. Die westdeutsche Forderung nach Wiedervereinigung „in Freiheit“ wurde zwar von den westlichen Alliierten unterstützt, freilich mit der deutlichen Nebenabsicht, gegenüber der sowjetischen Einigungspropaganda nicht ins Hintertreffen zu geraten, und ohne Folgen für die praktische Politik, die über die Wahrung der Rechte als Siegermächte hinausgingen. Als die Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik mit dem Programm des „Wandels durch Annäherung“ der ersten sozialliberalen Koalition ab 1969 erstmals über die Bahnen hinausging, die durch die Westintegration vorgezeichnet waren, regte sich unter den Westmächten sogleich wieder die Furcht vor einer deutschen Sonderrolle zwischen Ost und West auf Kosten der eigenen Interessen — sowohl in Frankreich, wo man die eigene Rolle als bevorzugter Gesprächspartner der Sowjetunion in der Spannungspolitik in Gefahr geraten sah, als auch in den USA, wo Präsidentenberater Kissinger (nach Ausweis seiner Memoiren) zu-

mindest einem Teil der Brandt-Administration eine Wiederauflage gesamtdeutscher Neutralisierungspläne unterstellte. Daß sich die deutsche „Ostpolitik“ dann tatsächlich eng in die allgemeine westliche Entspannungspolitik einfügte und dabei auch viel von ihrem anfänglichen gesamtdeutschen Optimismus verlor, ließ einmal mehr deutlich werden, daß die deutsche Frage mit der Ost-West-Teilung der Nation den europäischen Nachbarn weit mehr einer „Lösung“ nähergebracht erschien, als sie den Deutschen selbst gelöst erscheinen konnte.

Ob die Deutschen freilich überhaupt eine Rückkehr zum Nationalstaat von 1871 anstreben sollen, nicht nur, ob sie es unter den Bedingungen des fortdauernden Ost-West-Konfliktes können, muß im Lichte der historischen Erfahrung ernsthaft bezweifelt werden. So unverzichtbar es für das Selbstverständnis und die moralische Legitimation der bundesrepublikanischen Demokratie auch ist, für das Selbstbestimmungsrecht auch derjenigen Deutschen einzutreten, die nicht unter den Bedingungen einer freiheitlichen Demokratie leben können, und so notwendig es ganz allgemein ist, ihnen soviel praktische Solidarität als möglich zukommen zu lassen: dies mit dem Ziel oder über den Weg einer Wiedererrichtung eines deutschen Nationalstaats tun zu wollen, heißt nicht nur, gegen Schwierigkeiten anzukämpfen, die nach aller Erfahrung unüberwindbar sind, sondern auch einen gefährlichen Weg zu beschreiten, der selbst bei den friedlichsten Absichten zur Zerstörung des prekären innereuropäischen Gleichgewichts zu führen und damit die Sicherung aller Euro-

päer zu gefährden droht. Wie anders, oder besser gesagt: wie tatsächlich allen Deutschen eine Existenz in Selbstbestimmung *und* Frieden ermöglicht werden kann, ist eine Frage, die aus der historischen Perspektive allein nicht beantwortet werden kann, vielmehr eines hohen Maßes an produktiver Phantasie

bedarf. Auf jeden Fall schafft aber der Abschied von der Fixierung auf ein nationalstaatlich verengtes Bild von der jüngeren deutschen Geschichte, so schmerzlich er für diejenigen sein mag, die mit ihm groß geworden sind, Raum für die notwendige Entwicklung einer solchen Phantasie.

Ein „besonderer deutscher Weg“ zum Sozialismus?

I. Vorbemerkungen und Thesen

Daß in der SBZ zwischen 1946 und 1948 von der KPD/SED zunächst positiv, dann kritisch/selbstkritisch über einen „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ gesprochen wurde, ist evident und wird durch die zeitgeschichtliche und politikwissenschaftliche Literatur hinreichend dokumentiert¹⁾. Über die

¹⁾ Hier soll nur auf neuere Arbeiten bzw. auf Standard-Werke verwiesen werden: Hans Joachim Spranger, Die SED und der Sozialdemokratismus. Ideologische Abgrenzung in der DDR, Köln 1982, S. 35f.; Hans-Peter Waldrich, Der Demokratiebegriff der SED. Ein Vergleich zwischen der älteren deutschen Sozialdemokratie und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Mit einer Einführung von Iring Fetscher, Stuttgart 1980, S. 226f.; Hermann Weber, Fred Oldenburg, 25 Jahre SED. Chronik einer Partei, Köln 1971², S. 22f.; Hermann Weber, Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980, S. 33; Carola Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED, Köln 1957, S. 49f.; Wolfgang Diepenthal, Drei Volksdemokratien. Ein Konzept kommunistischer Machtstabilisierung und seine Verwirklichung in Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1944—1948, Köln 1974, S. 116ff.; Wilhelm Bleek, Einheitspartei und Nationale Einheit. Deutschlandpolitik und Staatsgründung der DDR 1945—1955, München 1980 (maschsch. Ms.), S. 371ff. In der DDR-Literatur wird dieses Faktum nicht gänzlich ausgeblendet. Vgl. Günter Benser, Der einheitliche revolutionäre Prozeß in Strategie und Taktik von KPD und SED (1945—1961), in: Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR 1945—1961, hrsg. v. Rolf Badstübner und Hans Heitzer, Berlin (Ost) 1979, S. 9f.; Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß, Berlin (Ost) 1978, S. 185ff.; dokumentiert ist diese Phase programmatischer Entwicklung dort durch den Abdruck der Entschließung der ersten Sechziger Konferenz (20.—21. 12. 1945) u. a. in: Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Band 6, Von Mai 1945 bis 1949, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1966, S. 385ff. Für die US-amerikanische Geschichtsschreibung über diese Phase vgl. Henry Krisch, German Politics under Soviet Occupation, New York and London 1974, S. 143f., 190ff.

Leicht überarbeitete Fassung eines Referats, vorgelegt auf der wissenschaftlichen Fachtagung „Ziele, Formen und Grenzen der ‚besonderen Wege‘ zum Sozialismus. Zur Analyse der Transformationskonzepte europäischer kommunistischer Parteien in den Jahren zwischen 1945 und 1948“ in Mannheim vom 29. September bis 1. Oktober 1982.

Entstehung und die Folgen dieser programmatischen Variante ist bislang — über allgemeine Aussagen hinaus — aber kaum publiziert worden. Dies hat dazu beigetragen, daß in der bundesdeutschen Literatur einerseits die Erwägungen über einen deutschen Sonderweg zum Sozialismus — mehr oder minder einhellig — dem zugeschrieben werden, der sie am intensivsten öffentlich diskutierte, dem damaligen Spitzenfunktionär der KPD, Anton Ackermann²⁾. Andererseits wurde so der politische und zeitgeschichtliche Zusammenhang vernachlässigt, in dem sie vorgetragen wurden. Das gilt weniger für ihre unmittelbare Funktion, mehr jedoch für den Kontext der Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung.

Die Funktionsbestimmung der Sonderweg-Reflexionen ausdifferenzieren, ihre Entstehung zeitlich zu präzisieren, die Urhebererschaft zu verdeutlichen sowie den konzeptionellen Bezugsrahmen stärker zu konturieren, soll der vorliegende Text beitragen.

Auf die Untersuchung der sozialstrukturellen Umbrüche dieser Jahre soll hier verzichtet werden³⁾. Weder für ihren Vollzug noch für ihre Legitimierung hatten diese Erwägungen nachhaltige Bedeutung. Sie waren — so meine These — weder politikbestimmend im Sinne

²⁾ Eigentlich Eugen Hanisch, geb. am 25. 12. 1905 in Thalheim, Erzgebirge, 1928 Absolvent der Lenin-Schule in Moskau, 1932 Mitarbeiter der Komintern, seit 1935 Mitglied des ZK und Kandidat des Politbüros der KPD, seither auch führender KPD-Propagandist, Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg, dann in der Sowjetunion, dort u. a. deutscher Chefredakteur der für die Kriegsgefangenen herausgegebenen Zeitung „Das freie Wort“ und Leiter des Moskauer Senders „Freies Deutschland“, 1945 Leiter der KPD-Initiativ-Gruppe für Sachsen, Sekretär des KPD-ZK, dann Mitgl. des Zentralsekretariats der SED, Okt. 1949 bis Okt. 1953 zugleich Staatssekretär im DDR-Außenministerium, 1950 Kandidat des SED-Politbüros, nach dem 17. Juni wegen Unterstützung der Zaisser-Herrnstadt-Gruppe aller Parteiämter enthoben. 1956 im Gefolge der Stalinismuskritik durch den XX. KPdSU-Parteitag rehabilitiert, jedoch ohne wesentliche Parteifunktionen. Ackermann starb am 4. Mai 1973.

³⁾ Vgl. dazu Dietrich Staritz, Sozialismus in einem halben Lande, Berlin (West), passim.

eines Beitrages zu einem handlungsanleitenden Konzept, noch wurden sie operationalisiert im Sinne einer abgeleiteten politischen Praxis⁴⁾. Zwar wuch die Transformationspolitik dieser Jahre in wesentlichen Bereichen von der im nachrevolutionären Rußland geübten Praxis ab, und sie unterschied sich auch in ihren Formen von den politischen Maßnahmen, die zur gleichen Zeit in den ost- und südosteuropäischen Ländern durchgesetzt wurden⁵⁾. Inhaltlich aber war sie mit diesen weit hin identisch. Zudem ist kein politischer Schritt in der Phase der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ bekannt, bei dem sich die KPD ausdrücklich auf ihre Sonderweg-Thesen berufen hätte.

Bedeutsamer war ihr Stellenwert im psychologischen Bereich, d. h. für die Taktik der Kommunisten im Prozeß der konfliktreichen Annäherung und schließlich Verschmelzung der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei. Hier dienten sie dem Ziel, der Sozialdemokratie den Wandel des herkömmlichen Politikverständnisses und der entsprechenden Zielsetzungen als dauerhaft

glaubhaft zu machen. Ihre Bedeutung lag so vor allem in den Konnotationen: Der Terminus „besonderer Weg“ provozierte Assoziationen über ein besonderes Ziel. Zugleich sollten die Formeln eine breitere politische Öffentlichkeit von der außenpolitischen Unabhängigkeit der KPD (und später auch der SED) überzeugen, und sie zielten damit wohl auch auf die Unterstützung der gesamtdeutschen Politik der Partei.

Diese zugespitzten Aussagen betreffen die *nationale Funktion* der Sonderweg-Überlegungen, nicht ihren politischen und intellektuellen Entstehungszusammenhang. Der war — auch wenn einzelne Sozialdemokraten und Kommunisten dies nicht erkannten und mit der Sonderweg-Programmatik eine entsprechende nationale politische Praxis einfordern wollten — internationalistisch bestimmt. Seine politischen Determinanten resultierten aus den strategischen wie taktischen Erwägungen im Machtzentrum der Kommunistischen Weltbewegung, und sie waren mithin so variabel oder konstant wie die jeweiligen Interessenlagen der Sowjetunion.

II. Der internationale Kontext

Daß die Aussagen über besondere, nationale Wege zum Sozialismus, die zwischen 1944 und 1946 von Kommunistischen Parteien präsentiert wurden, auf Überlegungen der Kominternführung zurückgehen und in ihrem Kern auf jenen Erwägungen, Ratschlägen bzw. „Direktiven“⁶⁾ beruhten, die Georgi Dimitroff zwischen 1941 und 1944 (zunächst als Generalsekretär der Komintern, dann als Leiter der beim ZK der KPdSU gebildeten Abteilung für internationale Information)⁷⁾ den Kommunistischen Parteien gegeben hatte, ist evident und wird von der neueren osteuropäischen Forschung betont. Nun könnte gerade diese ostentative Hervorhebung den Eindruck erwecken, als gehe es diesen Historikern vor allem um organisationspolitische Belege für den „modernen“ Trend der osteuropäischen Zeitgeschichtsschreibung, um den Nachweis

des „einheitlichen revolutionären Prozesses“ in allen osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften⁸⁾. Schon Jahre zuvor freilich hatten verschiedene Autoren⁹⁾ diese Lesart mit zahlrei-

⁴⁾ Eine interessante, weil nuancenbewußte Auseinandersetzung mit dieser Sichtweise veröffentlichte unlängst Gottfried Dittich, *Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR (1945—1961)* und einige seiner Besonderheiten, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe*, 31. Jg. (1982), Heft 2, S. 138 ff.

⁵⁾ Für die Anleitung anderer Parteien vgl. u. a. Ernstgert Kalbe, *Der Übergang zur volksdemokratischen Revolution in den Ländern Südosteuropas*, in: *Studien über die Revolution*, Berlin (Ost) 1969, S. 425; Eva Seeber, *Die volksdemokratische Revolution in Mittel- und Südosteuropa als kontinuierlicher Prozeß ...*, in: *Jahrbuch für die Geschichte der sozialistischen Länder Europas*, Bd. 18/1, Berlin (Ost) 1974, S. 21 ff.; Ernstgert Kalbe, *Wesen und Struktur der Volksfrontbewegungen während des zweiten Weltkrieges*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe*, 14. Jg. (1966), Heft 3, S. 436; D. E. Kunina, V. M. Endakova, *Das Wirken der KI für die Schaffung nationaler Fronten gegen den Faschismus*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Heft 5/1973, S. 774 ff.; für die KPD siehe: Horst Laschitzka, *Kämpferische Demokratie*

⁴⁾ Dies ist auch in der Literatur unstrittig.

⁵⁾ Siehe weiter unten.

⁶⁾ Vgl. Maria N. Tschewendinewa, *Dontscho Daskalow, u. a., Georgi Dimitroff*, Leipzig, Jena, Berlin 1982, S. 124.

⁷⁾ Heinz Voßke, Gerhard Nitzsche, Wilhelm Pieck, *Biographischer Abriß*, Berlin (Ost) 1975, S. 246, vgl. auch die Dimitroff-Biographie (Anm. 6), S. 126.

chen Quellenhinweisen vertreten¹⁰). Was nun verstärkt vorgelegt wird, folgt also einer gewissermaßen etablierten Sichtweise und nicht nur aktuellen politischen Notwendigkeiten folgenden Interpretationsmustern.

Scheint somit der Entstehungszusammenhang dieser programmatischen Aussagen — ihre gemeinsame Verwurzelung in politischen Erwägungen der KPdSU-Führung und ihre Formulierung gemäß entsprechenden „Direktiven“ der Komintern-Führung bzw. nach Konsultationen mit Dimitroff — rekonstruierbar, so ist bislang die Frage nach den politischen Zwecken und der zeitlichen Dimension des programmatischen Zwischenspiels nicht eindeutig beantwortet. Kase, der den Mitte der sechziger Jahre erreichten Forschungsstand analysierte, läßt offen, ob das lange währende offizielle Schweigen der Sowjetführung zu den programmatischen Äußerungen der Kommunistischen Parteien tatsächlich eine Akzeptanz von Sonderwegen zum Sozialismus bedeutet habe oder allein taktischen Überlegungen entspreng, die mit dem Kalten Krieg und dem Jugoslawien-Konflikt hinfällig bzw. dysfunktional wurden¹¹).

Ähnlich unbestimmt bleibt Heiter¹²). Er verweist zwar auf eine Äußerung Molotows vom November 1947, in der der sowjetische Außenminister (zwei Monate nach der Kominform-Gründung!) positiv erwähnt hatte, daß die damals noch „neue Demokratien“ genannten volksdemokratischen Länder „mit ihren eigenen besonderen selbständigen Wegen... Schritte zum Sozialismus (machen)“. Er knüpft an dieses Zitat die Erwägung, die Sowjetunion habe mit dieser Stellungnahme ihre Übereinstimmung mit den in den Volksdemokratien herrschenden Kommunistischen Parteien bekunden wollen, gibt aber zugleich zu bedenken, der „große Spielraum“ der Volksdemokratien in dieser Zeit gehe auf die internen Schwierigkeiten der Sowjetunion bei der Re-

gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin (Ost) 1969, passim.

¹⁰) Es braucht nicht betont zu werden, daß die in diesen Arbeiten gewählte Zitierweise besonders dann unbefriedigend ist, wenn die Autoren allein Zitat-Brocken vorlegen und auf allgemein unzugängliche Parteiarchive verweisen.

¹¹) Francis J. Kase, *People's Democracy*, Leyden 1968, S. 50 ff., passim.

¹²) Heinrich Heiter, *Vom friedlichen Weg zum Sozialismus zur Diktatur des Proletariats. Wandlungen der sowjetischen Konzeption der Volksdemokratie 1945—1949*, Frankfurt/M. 1977, S. 67 ff.

konstruktion ihrer Volkswirtschaft zurück, und er bietet überdies als Erklärung an, die besonderen Entwicklungsformen dieser Länder hätten den westeuropäischen Gesellschaften als Entwicklungsmodell dienen sollen.

Zu komplexeren — und damit überzeugenderen — Schlüssen gelangte Mc Cagg. Er sieht die Entstehung der Sonderweg-Thesen einerseits im Zusammenhang mit der sowjetischen Außenpolitik seit der Bildung der Anti-Hitler-Koalition und ordnet sie andererseits der staatstheoretischen Begrifflichkeit der „neuen Demokratie“, der damaligen Fassung des Konzepts der Volksdemokratie, zu. Im Zentrum dieses Entwurfs für das politische System für Gesellschaften der nachfaschistischen Periode stand ein sozial wie politisch breites, von der Kommunistischen Partei geführtes Bündnis, und dieses Bündnis war — nach Mc Cagg — nichts anderes als die innenpolitische Umsetzung der von der Sowjetunion eingegangenen breiten außenpolitischen Allianz¹³). Er legt mithin den Schluß nahe, daß die seit 1945 von den Kommunistischen Parteien betonten Sonderwege den Stalinschen Erwägungen über die internationale Nachkriegspolitik entsprachen und letztlich in dessen Überzeugung wurzelten, die Kooperationsformen der Kriegperiode könnten auch nach der Niederlage Hitler-Deutschlands erhalten werden. Mehr noch: Transformationskonzepte, die sich explizit vom sowjetischen Weg abgrenzten, mögen in der Sicht der Sowjetführung notwendig gewesen sein, um die Kooperationsbasis mit den Westmächten nicht zu gefährden. Wie Djilas berichtet, ging die Vorsicht so weit, daß es selbst Georgi Dimitroff untersagt wurde, sofort nach der Befreiung seines Landes nach Bulgarien zurückzukehren, weil nach sowjetischer Deutung „die westlichen Staaten seine Rückkehr als offenes Anzeichen für die Einführung des Kommunismus in Bulgarien auslegen würden“¹⁴). Dieses taktische Verhalten sieht auch Mc Cagg. Er deutet aber zugleich eine von Djilas überlieferte Stalin-Aussage vom März 1945, heute sei für den Sozialismus nicht mehr überall eine Revolution nö-

¹³) William O. Mc Cagg jr., *Stalin Embattled*. 1943—1948, Detroit 1978, S. 31 ff. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang sein Hinweis (S. 57 f.) darauf, daß der Begriff der Volksdemokratie in diesem bündnispolitischen Sinne in der Nachkriegszeit erstmals im September 1944 von Georgi Dimitroff in einem offenen Brief an die bulgarischen Kommunisten offiziell verwendet wurde.

¹⁴) Milovan Djilas, *Gespräche mit Stalin*, Frankfurt/Main 1962, S. 149 f.

tig, Sozialismus sei sogar unter der englischen Monarchie möglich¹⁵), als Hinweis auf den theoretischen Kontext, in dem diese Politik wurzelte.

Argumentationsmuster, die speziell auf die sowjetischen Interessenlagen verweisen, sind bislang vor allem von westlichen Beobachtern vorgelegt worden¹⁶). Um so bemerkenswerter erscheint es, daß jetzt der bulgarische Historiker Ilčo Dimitrow in der DDR eine Studie veröffentlichte, die eben diese Einsicht unterstreicht. Er schreibt in einem Aufsatz „Über den Charakter der volksdemokratischen Macht in Bulgarien“¹⁷) zu den Determinanten der Politik seiner Partei in diesen Jahren: „Die sowjetische Regierung hielt sich an die Politik der Festigung der Anti-Hitler-Koalition, an die Politik der konfliktlosen Lösung der Widersprüche mit ihren kapitalistischen Bündnispartnern. Entsprechend der gemeinsamen Vereinbarung sollten in den vom Faschismus befreiten Ländern parlamentarische, demokratische Regimes wiederhergestellt werden. Unter diesen Umständen führte die BAP (K) ihre Politik so, daß sich die Beziehungen der Alliierten nicht verschlechterten und die Meinungsverschiedenheiten unter ihnen nicht vergrößert wurden. Die Partei verstand, daß die Proklamierung der sozialistischen Macht und die Verwirklichung sozialistischer Maßnahmen der sowjetischen Außenpolitik Schwierigkeiten bereitet und die internationale Situation Bulgariens erschwert hätte.“ Zur Bekräftigung zitiert er Traitschko Kostoff, den damaligen (1949 hingerichteten) Generalsekretär der KPB, der auf einer Plenartagung des ZK im März 1945 rückblickend ausgeführt hatte: „Es ist klar, wenn wir am 9. September (1944 — St.) einen Versuch der Errichtung der Sowjetmacht unternommen hätten, ... daß dieser für uns und für die Sowjet-Union große

Schwierigkeiten geschaffen hätte. Und wir erklären auch nachdrücklich, daß ein solches Vorgehen vom Kommando der Roten Armee nicht gebilligt worden wäre.“

Auch wenn bislang die Parteigeschichtsschreibung der SED diesen auch für die KPD/SED-Politik beherrschenden Kontext nicht benennt, wird man doch davon ausgehen müssen, daß entsprechende (im Hinblick auf ganz Deutschland wohl modifizierte) Erwägungen auch für die eigene Parteiführung von Bedeutung waren.

Neben diesen weltpolitischen Zusammenhängen mögen aber bei der Bestimmung der Nachkriegspolitik auch jene Prognosen mitgespielt haben, die von der sowjetischen Ökonomie über die Entwicklungschancen des Kapitalismus nach dem Kriege erarbeitet worden waren. Von Belang ist hier vor allem die 1946 von Eugen Varga vorgelegte, in wesentlichen Kapiteln bereits 1945 publizierte Studie über die Wandlungen des Kapitalismus unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft¹⁸). Zwar ist nicht zu entscheiden, ob Vargas Aussagen über Struktur und Entwicklungschancen des Nachkriegskapitalismus die Funktion hatten, den Stalinschen Entwurf für die sowjetische Weltpolitik der Nachkriegszeit wissenschaftlich zu legitimieren oder ob sie im Prozeß der Politikformulierung, der Konzeptbildung, von Bedeutung waren. Festzuhalten aber ist immerhin, daß sie in ihren kapitalismusanalytischen Passagen ebenso wie in ihren Aussagen über die Demokratie „neuen Typus“ geeignet waren, „mittlere“ Wege der Kommunisten in Ost- wie Westeuropa theoretisch zu begründen bzw. ideologisch zu sanktionieren.

Varga ging gegen Kriegsende offenbar davon aus, die „verarmten“ Siegerstaaten Europas würden etwa zehn Jahre benötigen, um die Kriegsfolgen, die Unterproduktionskrise, ökonomisch und politisch zu überwinden. In diesem Wiederaufbauprozess, so Varga weiter, könnten die im Kriege entwickelten Formen staatsinterventionistischer Eingriffe in das Wirtschaftsleben nur langsam abgebaut werden, so daß die „größere oder geringere Beteiligung an der Staatsverwaltung ... den Hauptinhalt des politischen Kampfes zwischen den beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft, der Bourgeoisie und dem Proletariat, ...“¹⁹) bilde. Überdies rechnete Varga mit

¹⁵) Vgl. Mc Cagg (Anm. 13), S. 60. Das Stalin-Zitat findet sich bei Djilas (Anm. 14), S. 145. Im gleichen Zusammenhang fiel aber auch der Stalin-Satz, daß dieser Krieg sich von den vorangegangenen dadurch unterscheidet, daß jeder Sieger — so weit seine Armee vordringen kann — dem besetzten Gebiet auch immer „sein eigenes gesellschaftliches System auferlegt“ (Djilas, S. 146).

¹⁶) Vgl. Werner Link, *Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1980, S. 95f.; Fernando Claudin, *Die Krise der kommunistischen Bewegung. Von der Komintern zur Kominform*, Bd. 2: *Der Stalinismus auf dem Gipfel seiner Macht*, Berlin (West) 1978, S. 171f.

¹⁷) Ilčo Dimitrow, *Über den Charakter der volksdemokratischen Macht in Bulgarien*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig*, a.a.O. (Anm. 8), S. 122ff., hier: S. 130f.

¹⁸) Eugen Varga, *Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des zweiten Weltkrieges*, Moskau 1946, (Teil-)Übersetzung von Manfred Kerner, verf. Maschinenschrift, Berlin 1975.

¹⁹) Ebd., S. 317ff.

einem raschen Zusammentreffen der Unterproduktionskrise in den europäischen Ländern und Japan mit der Überproduktionskrise in den USA, Kanada und den während des Krieges neutralen Ländern, die sich zu einer Weltwirtschaftskrise zuspitzen könnten. Speziell die Vorhersage eines andauernden Staatsinterventionismus schien angesichts der breiten national akzentuierten antifaschistischen Grundstimmung und der während des Krieges gewachsenen nationalen Reputation der Kommunistischen Parteien günstige Voraussetzungen für die Teilhabe der Kommunistischen Parteien an den Staatsgeschäften zu bieten, und diese Chance wiederum verlangte nach formal wie inhaltlich gemäßigter Programmatik.

Insofern entsprach das Nachkriegskonzept der Kommunistischen Parteien sowohl den sowjetischen Sicherheitsinteressen als vermeintlich auch den Bedingungen kommunistischer Politik in Ost- wie Westeuropa. Die von Varga 1945 so genannte „Demokratie neuen Typs“²⁰⁾ (gesellschaftliche Verhältnisse, „unter denen die feudalen Überbleibsel, der Großgrundbesitz, liquidiert werden, Privateigentum an Produktionsmitteln existiert, aber große Unternehmen der Industrie, das Transport- und Kreditwesen verstaatlicht werden, und der Staat selbst und sein Apparat nicht den Interessen der Monopolbourgeoisie dienen . . .“) war nach dieser Sicht nicht nur in Ost-, sondern auch in Westeuropa zu erreichen.

Bemerkenswert an dieser Zielrichtung der kommunistischen Weltbewegung in der Phase des Sieges über den deutschen Faschismus war mithin vor allem zweierlei: Sie galt als erfolgversprechend sowohl für Agrar- wie für Industriegesellschaften und als anwendbar sowohl in den westeuropäischen, d. h. von den Westmächten dominierten, wie in den osteuropäischen, d. h. unter sowjetischem Einfluß stehenden Ländern. Konnten die kommunistischen Parteien Osteuropas (gestützt auf die Nähe oder die Präsenz der Roten Armee) von der Realisierbarkeit des Programms in ihren Ländern ausgehen, mochten die westeuropäischen Kommunisten auf die moralische und politische (alliierte Kontrollorgane in Deutschland, Italien und Österreich) Unterstützung durch die Sowjetunion setzen. Der KPdSU selbst diente das Konzept offenbar vor allem zur Absicherung des Wiederaufbaus ihres zerstörten Landes durch die Bildung von Regierungen an ihren West- und Ostgrenzen

(China, Korea), die außenpolitisch sowjetfreundlich waren und sich innenpolitisch zu verbal-sozialreformistischen (inhaltlich: sozialrevolutionären) Konzepten verpflichteten. Für Westeuropa bedeutete das den Verzicht auf die Ermunterung von revolutionären Bewegungen, deren Chancen dort (angesichts der Dominanz der USA und Großbritanniens) ohnehin gering waren.

Nun wäre es reizvoll, anhand der genannten Komponenten des Übergangskonzepts, das die Kommunistische Weltbewegung in der Nachkriegsphase weithin einheitlich vertrat, zu überlegen, ob ihm ursprünglich ein eher langfristiges (strategisches) oder ein stärker kurzfristiges (taktisches) Kalkül zugrunde lag. Fragen wie diese sind jedoch aufgrund der Quellenlage bislang nur spekulativ zu beantworten. Insbesondere die lange Kontinuitätslinie des Theorems der Demokratie „neuen Typs“ (sie reicht bis zum VII. Weltkongreß der Komintern zurück) und die fortgesetzten ideologischen Bemühungen um diesen Begriff sprechen aber m. E. dafür, daß dieser Kategorie strategischer Stellenwert beigemessen wurde, daß die „mittlere Demokratie“ als Durchgangssphase auf dem Wege zum Sozialismus galt. Den Weg- und Zielbeschreibungen hingegen, die diese Etappe analytisch fassen und prognostisch erschließen sollten, kam strategische Bedeutung nur insofern zu, wie sie (auch angesichts des fragilen Kriegskonsenses der Weltmächte) die Möglichkeit eines „friedlichen Übergangs“ betonten. Jenen Momenten der Sonderweg-Thesen indes, die auf ein Sozialismusmodell zu verweisen schienen, das stärker als vom Sowjetmodell von den historischen, kulturellen, sozialen und politischen Spezifika der jeweiligen Gesellschaft geprägt sein sollte, dürfte (angesichts der ideologischen Fixierung ihrer Verfasser, aber auch angesichts der politisch-ökonomischen Interessen der Sowjetunion) eher taktische Bedeutung zugemessen worden sein. Das schloß nicht aus, daß sie im Verlaufe des Transformationsprozesses in einzelnen Ländern politische Virulenz gewannen und in manchen Bereichen zur Legitimierung abweichender Politik genutzt wurden²¹⁾.

Dogmen- oder theoriegeschichtlich wäre im übrigen zu fragen, inwieweit sich die Über-

²¹⁾ Aussagen wie diese stehen natürlich unter dem Eindruck des Scheiterns von „Sonderwegen“ und sind deshalb nicht frei von der auch in der Retrospektive wirksamen normativen Kraft faktischer Verläufe.

²⁰⁾ Ebd., S. 14.

gangsprogrammatische der Nachkriegszeit überhaupt vom herkömmlichen leninistischen Revolutionskonzept unterschied, von der Zwei-Revolutionen-Theorie, die Lenin 1905²²⁾ entwarf, und die schließlich auch (nach der Phase des Kriegskommunismus, die in Lenins Ent-

wurf von 1905 nicht vorgesehen war, von ihm später aber legitimiert wurde) bis zur Stalinischen Industrialisierungspolitik („Sozialismus in einem Lande“) die Transformation der russischen Gesellschaft zumindest mitbestimmte²³⁾.

III. Entstehung und Inhalte der Sonderweg-Thesen der KPD/SED

1. Zur Entstehung

Geht man davon aus, daß die Sonderweg-Thesen vor allem als taktisches Interpretationsmuster der zeitgenössischen Theorie der Demokratie neuen Typs zu werten sind, dann muß ihre Entstehung im Zusammenhang mit der Diskussion und Präzisierung dieses theoretisch-strategischen Kontextes untersucht werden, und es ist zu fragen, in welcher Phase der Konzeptbildung die Betonung von nationalen Besonderheiten auftrat. Offenkundig wird hier, daß die KPD-Führung im sowjetischen Exil bei ihren Diskussionen über die politische Taktik und deren programmatische Formulierung offenbar keinen Denkschritt ging, ohne zuvor bzw. im Denkprozeß selbst die Komintern und/oder deren leitende Funktionäre zu konsultieren. Diese Kominternhilfe²⁴⁾ leistete nach der Auflösung der Internationale Georgi Dimitroff unmittelbar. Er wurde bei der Formulierung des Programms für den „Block der kämpferischen Demokratie“ von der Parteiführung ebenso konsultiert²⁵⁾ wie bei der Diskussion des Gründungsaufrufs der KPD vom 10. Juni 1945. Nach der neuesten DDR-Lesart²⁶⁾ führte Wilhelm Pieck mit Dimitroff bereits am 30. Mai 1945 „ein ausführliches Gespräch über die Konzeption dieses Aufrufs“. Erst danach wurde er — am 5. Juni 1945 — von Ackermann, Ulbricht, Sobottka und Pieck vorformuliert und schließlich noch einmal mit Dimitroff durchgesprochen²⁷⁾.

Diese enge Zusammenarbeit führte dazu, daß schon der Gründungsaufruf der KPD weithin dem entsprach, was Dimitroff seit 1941/42 und dann wieder bei der Formulierung der Nachkriegsprogramme für die Kommunistischen Parteien an Ratschlägen und Formulierungshilfen beige-steuert hatte. So kritisierte er Ende 1943 das Programm der 1941 als PAP wiedererstandenen polnischen Partei wegen der darin enthaltenen Volksfrontaussagen und riet im Dezember 1944 den tschechoslowakischen Kommunisten, das „Sowjetsystem weder zu forcieren noch durchzusetzen“²⁸⁾. Vor diesem Hintergrund erscheinen die programmatischen Vorarbeiten für die Zeit nach dem Faschismus und die Formulierung des Sofortprogramms für die Wiederaufbauphase, der Gründungsaufruf der KPD, denn auch weniger als Resultate einer eigenen Analyse der konkreten deutschen Situation, sondern vielmehr als Versuche, die Parteiprogrammatik der dominierenden Linie der Kommunistischen Weltbewegung anzupassen. Was im Gründungsauf-ruf als Reaktion auf die Lage Deutschlands anklingt, etwa die Bejahung des Privateigentums, die Betonung der bürgerlich-demokratischen Umwälzung oder das Nahziel der parlamentarischen Republik, muß deshalb ebenso als Ausdruck des herkömmlichen Internationalismus gewertet werden wie die Einsicht, daß es „falsch“ sei, Deutschland „das Sowjetsystem“ aufzuzwingen.

Den theoretischen Kern der Nachkriegsprogrammatik bildete der Begriff der Demokratie neuen Typs. Dieses Ziel war seit dem VII. Weltkongreß als Zwischentappe auf dem Wege zum Sozialismus entworfen und von der Weltbewegung insgesamt vertreten worden. Für die KPD hatte sich insbesondere Anton Ackermann um die Propagierung dieses Konzepts verdient gemacht²⁹⁾. Er zog 1937 aus

²²⁾ W. I. Lenin, Zwei Taktiken der russischen Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, in: Lenin, Werke, Bd. 9, Berlin (Ost) 1960², S. 1 ff.

²³⁾ Zur Annäherung der KPD an die Leninschrift, s. u.

²⁴⁾ Vgl. dazu jetzt das Kapitel: „Georgi Dimitroff — ein treuer Freund der deutschen Arbeiterbewegung und Mitgestalter ihres revolutionären Kampfes“, in der Dimitroff-Biographie (Anm. 6), S. 133 ff., insbesondere S. 176 ff.

²⁵⁾ Vgl. Voßke/Nitsche, Wilhelm Pieck (Anm. 7), S. 246.

²⁶⁾ Ebd., S. 256.

²⁷⁾ Vgl. dazu Dietrich Staritz, Sozialismus (Anm. 3), S. 33 und die dort genannten Belege.

²⁸⁾ Ebd., S. 144 f.

²⁹⁾ Zur Konzeptbildung der KPD s. insbesondere Arnold Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien

einer Kritik der Weimarer Verhältnisse und der Versäumnisse der SPD den Schluß, daß für seine Partei eine Rückkehr zu den politisch-sozialen Strukturen der ersten deutschen Republik nicht möglich sei und entwarf einen Maßnahmenkatalog für die erste Phase einer nachfaschistischen deutschen Übergangsgesellschaft. Zu ihm gehörte die Zerschlagung des „reaktionären Staatsapparats“, die Einschränkung der „Macht der Bürokratie“, der Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung und — generell — die Vernichtung der „schlimmsten Reaktion der Monarchisten, Generäle, Junker und Großkapitalisten“. Den politischen sozialen Gehalt der Zwischentappe umriß er so: „Die allgemeinen demokratischen Aufgaben so weit zu lösen, daß die Vorrechte des Großkapitals praktisch beseitigt werden, das ist die Demokratie neuen Typs.“³⁰⁾

Der gleichen Stoßrichtung entsprachen — nach dem zeitweiligen Rückzug der Kommintern auf die Positionen der Vorvolksfrontprogrammatische zwischen 1939 und 1941 — grundsätzlich sowohl die Programme für das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ als auch die Aussagen für die Regierung eines „Blocks der kämpferischen Demokratie“. An allen hatten neben Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht vor allem Anton Ackermann mitgearbeitet³¹⁾. Er hatte Ende 1944 den letzten Entwurf für das Blockprogramm formuliert, in dem der historische Bezug, den die Parteiführung seither immer wieder betonte, deutlich benannt wurde: „Was die demokratischen Kräfte 1848 durch verhängnisvolle Schwäche nicht vermochten, und was 1918 frevelhafter Weise unterblieb, das muß nun endlich zur Lösung gebracht werden: eine wirkliche Demokratisierung Deutschlands.“³²⁾

Der historisch-ideologischen Legitimierung, womöglich aber auch der strategischen wie taktischen Zuordnung dieser Theorie einer Revolution der gleitenden Übergänge diente der Rückgriff auf Lenins „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der bürgerlichen Revolution“. Zwar hatte Lenin die Anwendbarkeit seines Konzepts der Überleitung der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution für entwickelte Länder wie Deutschland ausdrücklich ausgeschlossen, die KPD-

Führung aber setzte sich seit 1944 gleichwohl intensiv mit seiner Theorie auseinander³³⁾.

In einem Schulungsvortrag vom 9. November 1944³⁴⁾ über das Programm für den „Block der kämpferischen Demokratie“ bezog sich Wilhelm Pieck ausführlich auf die Lenin-Schrift. Wie Lenin seine „Zwei Taktiken“, interpretierte der KPD-Vorsitzende das Blockprogramm als ein „Aktionsprogramm“, das „den objektiven Bedingungen des gegebenen historischen Augenblicks und den Aufgaben der proletarischen Demokratie entspricht“. Dieses Programm sei „das ganze Minimalprogramm unserer Partei, das Programm der nächsten politischen und ökonomischen Umgestaltungen, die einerseits auf dem Boden der jetzigen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse vollauf durchführbar und andererseits für den weiteren Schritt vorwärts, für die Verwirklichung des Sozialismus notwendig sind“. An dieses Zitat schloß Pieck die Verlesung einer anderen Stelle an, „weil sie für uns — wenn auch nur im übertragenen Sinne — eine weitere wichtige Lehre für unsere Aufgabe gibt. Lenin schreibt: ‚Unsere Losung: revolutionäre, demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ... ist ... bestrebt, die demokratische Umwälzung für die Zwecke des weiteren erfolgreichen Kampfes des Proletariats für den Sozialismus in denkbar bester Weise auszunutzen‘“.

Damit war das strategische Gerüst und zugleich auch das Argumentationsschema, dem die Kommunisten in ihrer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie bei der programmatischen Vorbereitung der Einheitspartei folgten, vorgeprägt: relativ deutliche Konzessionen an das Demokratieverständnis der Partner für die erste Phase (die Demokratie neuen Typs), relativ allgemeine Aussagen über den sozialökonomischen und politischen Gehalt der zweiten Phase, den angestrebten Sozialismus. Dem entsprach auch die formale Unterscheidung zwischen Minimal- und Maximalprogrammen, an der die KPD-Vertreter festhielten und von deren Sinnhaftigkeit sie die sozialdemokratischen Verhandlungspartner auch überzeugen konnten. Die „objektiven Bedingungen des gegebenen historischen Augenblicks“, deren präzise Kenntnis Lenin

zur politischen Konzeption der KPD 1935—1946, Düsseldorf 1971.

³⁰⁾ Zit. nach: ebd., S. 74.

³¹⁾ Vgl. Laschitzka (Anm. 9), passim.

³²⁾ Ebd., S. 197.

³³⁾ Wie Sywottek mitteilt, hat Paul Merker im mexikanischen Exil bereits 1938 einen entsprechenden Rückgriff versucht. Sywottek (Anm. 29), S. 88 f.

³⁴⁾ Wilhelm Pieck, Gesammelte Reden und Schriften, Band VI, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1979, S. 276 ff.

gefordert hatte, wurden jedoch in keiner der bekannten Exil- oder Nachkriegsdiskussionen bis zum Beginn des Jahres 1946 nachhaltig analysiert. Die Spezifika, die Besonderheiten der deutschen Nachkriegsentwicklung, wurden allenfalls im Zusammenhang mit der Tatsache erörtert, daß die Besatzungsmächte in Deutschland eine einheitliche Entwicklung des Landes und damit auch einheitliche Arbeitsbedingungen der Kommunisten erschweren würden.

2. Widersprüchliche Annäherung

Wie bereits angedeutet, stand die Formulierung des Weg-Theorems in engem Zusammenhang mit der Diskussion über die Programmatik der künftigen Einheitspartei. Auf der 1. Sechziger-Konferenz hatten sich die SPD- und KPD-Spitzen darauf verständigt, zur Formulierung des Programms eine paritätisch besetzte „Studien-Kommission“ einzusetzen³⁵. Nach den wenigen Mitteilungen über die Arbeit dieser Kommission³⁶) traf sie sich erstmals am 15. Januar 1946 und kam danach noch sechsmal zusammen, das letzte Mal am 25. Februar. Ihre Diskussionen waren zunächst bestimmt vom wachsenden Druck der Kommunisten und der sowjetischen Militärbehörden auf einheitsunwillige oder zögerliche Sozialdemokraten. Am 15. und 18. Februar aber wurde über die Prinzipienklärung, die „Grundsätze und Ziele“, beraten — wie bei der ersten Sechziger-Konferenz auf der Grundlage eines KPD-Entwurfs, der zuvor am 9. Februar von einer Konferenz des ZK und der Bezirkssekretäre gebilligt worden war. Schon am 15. Februar hatte die Kommission über den Inhalt des ersten Heftes der „Einheit“ (damals noch Organ zur „Vorbereitung der Sozialisti-

schen Einheitspartei“) beraten und festgelegt, daß u. a. Helmut Lehmann über die Marxsche Kritik am Gothaer Programm der SPD und Anton Ackermann über „Demokratie und Sozialismus“ einen Artikel schreiben sollten.

Vier Tage später, also knapp drei Wochen vor der Auslieferung der „Einheit“, erschien in der „Deutschen Volkszeitung“³⁷) zum 22. Todestag Lenins ein Artikel über „Lenins Bedeutung für die demokratische Erneuerung Deutschlands“. Er galt dem wöchentlichen politischen Schulungstag der KPD-Mitgliederschaft, der in dieser Woche dem Thema „Lenin über den demokratischen Kampf der Arbeiterklasse“ gewidmet war³⁸).

Der Verfasser, A. Feldner³⁹), stellte zwei Erkenntnisse in den Mittelpunkt. Zunächst erklärte er, stets habe Lenin betont, daß die „Marxsche Theorie der Arbeiterbewegung lediglich grundlegende Leitsätze gibt, die in jedem Lande ihre besondere Anwendung erfordern“. Diese müsse „in Rußland eine andere sein als in England, in Deutschland eine andere als in Frankreich und Amerika“. Das bedeute für die deutschen Marxisten, „daß wir uns auf die deutschen und nur auf die deutschen Verhältnisse orientieren dürfen. Für uns kann die Orientierung weder Süd noch Nord, Ost oder West heißen“. Die kommende Einheitspartei müsse daher „selbständig und unabhängig“ sein, „ihre Politik und Taktik entsprechend den Interessen der deutschen Werktätigen und den speziellen Bedingungen“ entwickeln. „Von den Besonderheiten der Entwicklung unseres Volkes ausgehend, soll die Einheitspartei einen eigenen Weg, den spezifisch deutschen Weg einschlagen.“ Den Weg selbst umriß Feldner nicht. Er skizzierte allein ein Zwischenziel: den „Kampf um die demokratische Erneuerung Deutschlands“.

Charakteristisch für diese Aussagen (wie im übrigen auch für alle nachfolgenden Äußerungen zur Notwendigkeit eines spezifischen Weges) war der Verzicht auf die Konkretisierung der Wegstrecke. Sie im einzelnen (über einen allgemeinen Maßnahmenkatalog hinaus) einem theoretischen Kontext zuzuordnen, waren die Autoren in Anbetracht des eben erst

³⁵) Vgl. zur Diskussion auf der Konferenz das von Gert Gruner und Manfred Wilke leider nicht sorgfältig edierte Protokoll, in: Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin, stenographische Niederschrift der Sechziger Konferenz am 20./21. Dezember 1945, München 1981. In die Studienkommission delegierte die KPD Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem und Anton Ackermann, die SPD Otto Grotewohl, Max Fechner, Gustav Dahrendorf und Helmut Lehmann. Für Dahrendorf rückte nach dessen Weggang nach Hamburg Erich W. Gniffke nach.

³⁶) Heinz Voßke, Über das Wirken Wilhelm Piecks für die Vereinigung der KPD und der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, und ders., Materialien zum Entwurf der „Grundsätze und Ziele der SED“, beides in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 23. Jg. (1981), Heft 2, S. 184ff., 240ff.

³⁷) Deutsche Volkszeitung v. 19. 1. 1946.

³⁸) Vgl. Vortrags-Disposition Nr. 2, 1946, Material für politische Schulungstage, hrsg. v. ZK der KPD, o. O. (Berlin).

³⁹) Ein zeitgenössischer Autor oder KPD-Funktionär dieses Namens ist nicht bekannt. Auch nach Meinung des v. Verf. befragten Wolfgang Leonhard kann sich hinter diesem Pseudonym ein Mitarbeiter der SMAD verborgen haben.

begonnenen Aufbaus sicherlich überfordert. Bedeutsamer war das Fehlen eines zumindest skizzenhaften Umrisses des angestrebten Ziels. Genannt wurde allein — auch bei Feldner — der „Sozialismus“. Dessen politisch-sozialer Gehalt aber wurde als unstrittig unterstellt. Nicht zu erörtern war deshalb die Frage, über die sich Sozialdemokraten und Kommunisten bis dahin nicht hatten verständigen können: die politische und soziale Verfassung der Sowjetunion. Sie blieb für die KPD-Sprecher sakrosankt und stand mithin unausgesprochen am Ende ihres Weges⁴⁰⁾. Bei Feldner klang das so: „Es wird leider vergessen, daß es in der ganzen Welt keine Partei gibt, die eine solche Tradition, eine solche Klarheit und Folgerichtigkeit in ihrem demokratischen Kampf aufzuweisen hat, wie die von Lenin gegründete und bis zu seinem Tod von ihm geführte Kommunistische Partei Rußlands.“⁴¹⁾

Was Feldner ausführte, entsprach in der Sache, weniger in der Emphase, präzise dem, was Walter Ulbricht schon am 12. Oktober 1945 in einer Rede vor einer Berliner KPD-Funktionsärskonferenz angemerkt hatte. Ulbricht damals: „Wir Kommunisten und Sozialdemokra-

ten müssen den Weg des antifaschistischen Kampfes gemeinsam finden, wie er den besonderen Entwicklungsbedingungen in Deutschland entspricht. Dieser Weg kann nicht eine schematische Übertragung der Entwicklung der Sowjetunion auf Deutschland sein, aber auch nicht eine schematische Übertragung der englischen Verhältnisse auf Deutschland ... Wir Kommunisten und Sozialdemokraten müssen vielmehr den Weg gemeinsam suchen und finden, der den eigentümlichen Entwicklungsbedingungen in Deutschland entspricht.“⁴²⁾

Diese Ulbricht-Aussage ist m. W. die erste Erwähnung der Notwendigkeit eines eigenen deutschen Weges zum Sozialismus. Sie wurde in der Folgezeit von den Parteipropagandisten freilich nicht wiederholt. Zwar warben Agitation und Propaganda für das Konzept der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution. Sie verharren jedoch bei den Formeln, die bereits im Gründungsauftrag propagiert worden waren⁴³⁾. In die gleiche Richtung zielten auch Artikel von Oelbner und Ackermann vom November bzw. Dezember 1945. Zum 28. Jahrestag der Oktoberrevolution wiederholte Oelbner⁴⁴⁾, es sei — angesichts der „heute noch“ von der Nazi-Ideologie verseuchten oder zumindest ideologisch verwirrten „breiten Massen“, angesichts fehlender revolutionärer Masseninitiative — falsch, dem deutschen Volk das „Sowjetsystem aufzwingen zu wollen ...“.

Einen Monat später veröffentlichte die „Deutsche Volkszeitung“ Auszüge aus einer Rede Anton Ackermanns, die er auf einer KPD/SPD-Kundgebung anlässlich des 125. Geburtstages Friedrich Engels' gehalten hatte⁴⁵⁾. In dieser Rede setzte sich Ackermann auch mit „der demokratischen Republik und dem Kampf um den Sozialismus“ auseinander. Nach seiner Sicht war für Marx und Engels die bürgerlich-

⁴⁰⁾ An die ideologisch-theoretischen Differenzen zwischen KPD und SPD in der Weimarer Zeit braucht hier nur erinnert zu werden. Über die programmatische Trennlinie zwischen einem Großteil der Funktionäre beider Parteien nach 1945 berichtet Frank Moraw, Die Parole der Einheit und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933—1948, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 88f., 96ff., 107ff., passim. Zur Position Grotewohls vgl. seine Rede vom 14. 9. 1945 „Wo stehen wir, wohin gehen wir?“ Weg und Ziel der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1945. Eine direkte Kritik am sowjetischen Sozialismus-Modell war unter den Bedingungen der sowjetischen Okkupation öffentlich nicht zu formulieren. Klang sie dennoch an — wie in der Grotewohl-Rede zum Jahrestag der Revolution von 1918 am 11. November 1945 —, dann durfte sie nicht veröffentlicht werden.

⁴¹⁾ Diese Sicht prägte auch den Text der Vortragsdisposition (vgl. Anm. 38), die zum gleichen Thema herausgegeben worden war. Bemerkenswert aber ist, daß in diesem Text die Notwendigkeit eines besonderen Weges, der Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten etc. mit keinem Wort erwähnt wurde. Sein Autor referierte allein die Zwei-Revolutionen-Theorie Lenins in der Fassung des KPD-Gründungsaufrufs: „Der Kampf um die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution ist der einzige Weg, um unserem sozialistischen Endziel näher zu kommen. Unter den heutigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland ist ein anderer Weg ausgeschlossen.“ Auch diese Textpassage richtete sich mithin vor allem an die „1933 stehengebliebenen“ (W. Ulbricht) „Sektierer“ in den eigenen Reihen.

⁴²⁾ Die ersten publizierten Äußerungen stammen von Fred Oelbner (vgl. Deutsche Volkszeitung v. 15. 6. 1945: „Die Kommunisten sind die konsequentesten Vorkämpfer für die Demokratie“; DVZ v. 29. und 31. 7. 1945: „Vollendung der bürgerlich-demokratischen Umbildung Deutschlands“. Beide Artikel wurden zu den KPD-Schulungstagen geschrieben, waren an die eigenen Genossen adressiert und polemisierten deshalb gegen die Vorstellung von einem unmittelbaren Übergang zum Sozialismus.

⁴³⁾ Zit. nach Deutsche Volkszeitung v. 14. 10. 1945; in Andeutungen klang das bei Ulbricht bereits in seiner Rede v. 25. 6. 1945 an: vgl. Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, Berlin 1945.

⁴⁴⁾ Deutsche Volkszeitung v. 4. 11. 1945.

⁴⁵⁾ Deutsche Volkszeitung v. 4. 12. 1945.

demokratische Republik „keinesfalls der Staat, unter dessen Fittichen der Sozialismus verwirklicht werden kann... Marx und Engels anerkannten nur die Aufrichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse als den Weg zum Sozialismus“. Wenn man heute die Resultate der Anwendung der „Theorie des friedlichen Hineinwachsenden in den Sozialismus überprüft“, so Ackermann weiter, so könne man von keinem Lande sagen, daß dieser Weg zu einem Erfolg führte. „Auf der anderen Seite“ freilich habe eine Partei und die Arbeiterklasse eines Landes die „Lehren von Marx und Engels konsequent befolgt“: die „Partei Lenins und Stalins“. Sie habe den Staatsapparat zerschlagen und den „Weg der Aufrichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse beschränkt“. Aus dieser Gegenüberstellung zog der Redner den Schluß: „Folglich müssen wir anerkennen, daß der von Marx und Engels aufgezeigte Weg sich als der richtige erwies, der die geschichtliche Prüfung bestand und zum vollen Erfolge führte“. Ackermann blieb mit dieser Äußerung inhaltlich präzise auf der auch von Oelßner vertretenen Linie⁴⁶⁾ und erwähnte mit keinem Wort die Möglichkeit eines anderen, eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus.

Allerdings: Wenige Tage nach der Veröffentlichung der Ackermann-Rede übernahm das ZK den zuerst von Walter Ulbricht vorgetragene Gedanken offenbar voll und ganz. Am 19. Dezember 1945 — dieses Faktum ist bisher von der SED-Geschichtsschreibung übersehen worden — leitete das ZK dem SPD-Zentralausschuß seinen Resolutionsentwurf für die am 20. Dezember beginnende Sechziger-Konferenz zu. Dort hieß es: „Was soll die neue, einheitliche Partei der sozialistischen Bewegung sein? Das Programm dieser Partei soll im *Minimum* die Vollendung der demokratischen Erneuerung Deutschlands im Sinne des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen Republik parlamentarischen Typus... sein; im *Maximum* soll das Programm die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Aus-

übung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Sinne der Lehren des konsequenten Marxismus sein... Die Einheitspartei soll eine selbständige und unabhängige Kraft sein. Es ist ihre Aufgabe, ihre Politik und Taktik entsprechend den Interessen der deutschen Werktätigen und den speziellen Bedingungen in Deutschland zu entwickeln. Sowohl bei der Verwirklichung des Programm-Minimums wie des Programm-Maximums soll sie, von den Besonderheiten der Entwicklung unseres Volkes ausgehend, einen besonderen Weg einschlagen. Die restlose Zerschlagung des alten staatlichen Machtapparates und die konsequente Weitertreibung der demokratischen Erneuerung Deutschlands kann auch besondere Formen des Übergangs zur politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und zum Sozialismus schaffen.“⁴⁷⁾

Diese Textpassage wurde, an nur wenigen Stellen stilistisch überarbeitet, Element der Entschließung der Sechziger-Konferenz⁴⁸⁾. Eine Diskussion über diese Punkte fand nicht statt. Otto Grotewohl erklärte lediglich: „Zu den allgemeinen Aussagen des Vorschlages... haben wir im großen und ganzen nichts hinzuzufügen; sie stimmen im wesentlichen mit dem vollkommen überein, was auch wir zu sagen hätten.“⁴⁹⁾

Dieser Zusammenhang verdeutlicht, daß die Notwendigkeit einer taktisch geschmeidigen Argumentation der KPD-Führung insbesondere im Vorfeld ihrer Bemühungen um die

⁴⁷⁾ Zit. nach: Entschließungsentwurf der KPD, in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945—1951, 1. Halbband, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, bearb. durch Hans J. Reichhardt, Hanns U. Treutler, Albrecht Lampe, Landesarchiv Berlin — Abteilung Zeitgeschichte, Berlin (West) 1964, S. 788 ff., hier: S. 792 f. Auch dieser Text ist in der ärgerlichen Publikation von Gruner/Wilke (Anm. 35) nicht enthalten. Henry Krisch, a.a.O. (Anm. 1), S. 143, verweist zwar auf den Zusammenhang der Resolution der Sechziger Konferenz mit dem später veröffentlichten Ackermann-Text. Er nennt die entsprechenden Passagen der Entschließung aber m. E. unterbewertend „an anticipation“ der späteren „Ackermann-Thesen“. Die Tatsache jedoch, daß sie aus dem KPD-Entwurf stammten, übergeht er und gibt statt dessen zu Mutmaßungen über einen auf der Sechziger Konferenz erzielten Kompromiß Anlaß, wenn er schreibt: „This striking formulation... may be seen as an answer to Grotewohls (auf der gleichen Konferenz gestellten — St.) semirhetorical question as to whether the KPD was a ‚German party‘.“

⁴⁸⁾ Vgl. Deutsche Volkszeitung v. 23. 12. 1945.

⁴⁹⁾ Gruner/Wilke (Anm. 35), S. 76; die von Leonhard (S. 436) wiedergegebenen Zitate aus der Entschließung der Sechziger Konferenz sind lückenhaft bzw. im Originaltext nicht auffindbar.

⁴⁶⁾ Diese Rede, speziell der Verzicht auf die von Ulbricht im Oktober betonte Berücksichtigung der „eigentümlichen Entwicklungsbedingungen“ in Deutschland, spricht gegen die Mitteilung Leonhards (Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955, S. 429), Ackermann habe an seinem „Einheit“-Aufsatz bereits seit November 1945 gearbeitet. Möglicherweise kommt L. deshalb zu dieser Zeitbestimmung, weil er in seiner Erinnerung davon ausging, Ackermann habe den Artikel bereits im Dezember 1945 (ebd., S. 423) (und nicht erst Anfang Februar 1946) veröffentlicht.

Vereinigung mit der SPD bewußt wurde, daß die Betonung der Besonderheiten der deutschen Situation und die Erwägung über einen deutschen Weg zum Sozialismus diese Zielset-

zung taktisch unterstützen sollten. Diese Deutung gestattet auch der seither viel berufene — seltener gelesene — Ackermann-Text vom Februar 1946.

IV. Die Ackermann-Überlegungen

1. Der Artikel in der „Einheit“

Daß Anton Ackermann mit seinem Artikel speziell auf die zögerlichen Sozialdemokraten zielte, geht nicht allein aus dessen Entstehungszusammenhang und dem Publikationsdatum hervor⁵⁰). Er betonte dieses in seinem Text selbst eindringlich: „...auf welchem Wege und in welchem Tempo Deutschland künftig zum Sozialismus schreiten wird, das hängt ausschließlich davon ab, in welchem Tempo jetzt die Einheitspartei verwirklicht wird!“⁵¹) Diese Quintessenz konnte er ziehen, weil ihn seine „Klassiker“-Exegese und Situationsanalyse im wesentlichen zu vier Schlüssen geführt hatte:

Zunächst erklärte er — im Anschluß an seine Deutung von Marx-, Engels- und Lenin-Zitaten —, daß „auf gar keinen Fall das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus durch den Aufbau von Produktivgenossenschaften... die Beschränkung nur auf das Mittel des allgemeinen Wahlrechts (das Lassallesche Übergangskonzept, St.) den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus darstellen kann.“

Zweitens hätten aber weder Marx noch Lenin die Möglichkeit ausgeschlossen, „unter besonderen Umständen auch ohne Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschinerie auszukommen; allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sich das bürgerlich-demokratische Regime nicht auf Militarismus und reaktionäre Bürokratie stützen kann“. Der Übergang sei dann auf „relativ friedlichem Wege möglich, wenn die Klasse der Bourgeoisie nicht über den militaristischen und bürokratischen staatlichen Gewaltapparat verfügt, der es ihr sonst möglich macht, den Machtanspruch des Proletariats mit dem Bürgerkrieg... zu beantworten“.

⁵⁰) Die ersten gedruckten Exemplare der „Einheit“ lagen pünktlich zur 1. Delegierten-Konferenz des FDGB (9.—11. 2. 1946) vor (vgl. DVZ v. 14. 2. 1946).

⁵¹) Anton Ackermann, Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?, in: Einheit, Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei, Februar 1946, Heft 1, S. 22 ff., hier: S. 31.

Drittens — und hier begann seine knappe Situationsanalyse — sei die Herausbildung solcher Bedingungen in Deutschland grundsätzlich möglich. Ob diese Möglichkeit freilich Wirklichkeit werden könne, ob es die Chance geben werde, „im Verlauf der weiteren Entwicklung... auf friedlichem Wege... zur sozialistischen Umgestaltung weiterzugehen“, das hänge von „einem Faktor ab, der außerhalb des Einflusses der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung“ liege: von den Besatzungsmächten. Immerhin gebe es positive Anzeichen: „weitgehend zerschlagen“ sei der alte Staatsapparat, der preußisch-deutsche Militarismus solle — laut alliierter Übereinkunft — „bis auf den Rest liquidiert werden“, „konsequent durchgeführt“ werde „in großen Teilen Deutschlands“ die Entnazifizierung des Verwaltungsapparats, und den „imperialistischen Kräften sei (durch die Bodenreform) bzw. werde (durch Zerschlagung der Trusts, Konzerne und Banksyndikate) „die ökonomische Basis entzogen“, „fortschrittlicher Einfluß“ komme durch die Mitbestimmung der Entwicklung der Gesamtwirtschaft zugute.

Neben diesen positiven sah Ackermann auch negative Tendenzen. Die Erneuerung des Verwaltungsapparates lasse zu wünschen übrig; aus dem Fortbestehen kapitalistischer Produktion erwache die Gefahr, daß die Bourgeoisie erneut zur Macht dränge; nicht überall könne das Mitbestimmungsrecht als gesichert gelten. „Alarmierend“ sei, „daß die Kräfte der Restauration des reaktionären imperialistischen Deutschlands bereits wieder aus den Mauselöchern hervorkriechen“ und „offensichtlich bestrebt“ seien, sich auch wieder legale Instrumente ihrer Politik zu schaffen, „vor allem eine Presse und die Organisation der Konterrevolution“. Insbesondere mit diesem Hinweis unterstrich Ackermann, was er bereits in seinem Theorieteil als „unvermeidlich, selbst im demokratischsten Land und bei der ‚fortschrittlichsten Bourgeoisie‘“, behauptet hatte: Immer, wenn das Bürgertum sehe, daß es zu „unterliegen droht“, werde es versuchen, „der sozialistischen Arbeiterbewegung das Rückgrat zu brechen“.

Diese Bilanz führte ihn zu seiner vierten und entscheidenden Konsequenz: „Je gründlicher und umfassender wir alles Für und Wider der kommenden Entwicklung untersuchen, desto stärker müssen wir der Überzeugung Ausdruck geben, daß die rasche Entfaltung der kämpferischen Fortschrittskräfte in der Arbeiterklasse und im gesamten schaffenden Volk letzten Endes den Ausschlag geben wird. Das ist aber in erster Linie gewährleistet durch die Schaffung der Einheitspartei der Arbeiter... Das ist der tiefere Grund, weshalb die Vereinigung der KPD und SPD auf keinen Fall auf die lange Bank geschoben werden kann.“

Inhaltlich war der Weg mithin als möglicherweise „relativ friedlich“ bestimmt, ungesagt blieb, wie weit er parlamentarisch sein werde, und ungewiß blieb auch, wohin er führen sollte. Sicherlich lag es nahe, aus den Ackermannschen Aussagen über die Besonderheiten des russischen *Weges* (Revolution in einem ökonomisch „zurückgebliebenen“ Lande mit einer schwachen Arbeiterklasse und geringer Produktivität) mit dem Verfasser den Schluß zu ziehen, daß „im Verhältnis zu den Opfern, die vom russischen Volk für den Aufbau des Sozialismus gebracht werden mußten, unsere Anstrengungen relativ geringer sein werden“. Ackermanns einzige Andeutung aber über Unterschiede im *Ziel* blieb doppeldeutig. Gefördert durch eine Einheitspartei „auf dem Boden des konsequenten Marxismus“ werde sich „die weitere politische Entwicklung wesentlich anders gestalten als nach dem Sieg der Oktoberrevolution...“. Hier brauche es — anders als dort — dann nicht zur „Zerschmetterung der menschwistischen Partei (die zu einer konterrevolutionären Partei geworden war) ...“ zu kommen. Und auch dies „müßte“ ein „schnelleres Hervortreten der konsequenten sozialistischen Demokratie zur Folge haben“.

Sprach hier aus Ackermann ein kritischer Kenner der Stalinschen Sowjetunion, oder war es die Warnung eines Bolschewiken an die Sozialdemokraten? Eine klare Antwort läßt sich wohl kaum geben.

Offen blieb in diesem Text (wie später auch in denen anderer KPD-Führer), ob dieses Konzept für alle Teile Deutschlands Gültigkeit haben könne. Das politische Kräfteverhältnis der Deutschen in den Westzonen wurde nicht erwähnt, und hinsichtlich der Alliierten setzte Ackermann „Neutralität aller Besatzungsmächte in bezug auf die zukünftige Gesellschaftsstruktur Deutschlands theoretisch voraus...“. Auch hier also blieben die Konturen

eines „deutschen Weges“ zum Sozialismus nebulös. Deutlicher dagegen trat der Zweck der vorgestellten Reflexionen hervor: scheinbares Eingehen auf Bedenken von Sozialdemokraten und wortreiches Verschweigen der grundsätzlichen politischen Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, d. h. der unterschiedlichen Interpretation der angestrebten künftigen sozialistischen Gesellschaft.

2. Aufnahme und Verwertung der Ackermann-Reflexionen

Daß diese Absicht auch kurzfristig zu Erfolgen führte, zeigte die zweite Sechziger-Konferenz. Noch auf den Sitzungen der „Studien-Kommission“ hatte es — nach den Notizen Piecks — Differenzen über den KPD-Entwurf für die „Grundsätze und Ziele“ gegeben. Nach intensiven Diskussionen zwischen Ackermann und Lehmann fanden Kommunisten und Sozialdemokraten jedoch zu gemeinsamen Formulierungen. Und die zweite Sechziger-Konferenz verabschiedete am 26. Februar 1946 die Prinzipienklärung offenbar ohne nennenswerte Diskussionen⁵²). Und es war in der SPD-Führung denn auch vor allem Lehmann⁵³), der sich zum Sprecher der gemeinsamen Plattform machte. Er deutete die Verständigung über die „Grundsätze und Ziele“, zu der Ackermann einen wesentlichen Beitrag geleistet hatte, kurz darauf so: „... die Sozialdemokratische Partei von 1945 lehnt die Vorstellung ab, der Sozialismus könne auf dem Wege friedlicher demokratischer Entwicklung erreicht werden; ... die Kommunistische Partei von 1945 verzichtet auf die Anwendung von Gewalt, solange es möglich ist, den Kampf um die Eroberung der politischen Macht mit den Mitteln der Demokratie zu führen. Mit anderen Worten, die bei-

⁵²) Vgl. Anm. 36. Nach Frank Moraw, Die Parole der Einheit und die Sozialdemokratie, a.a.O. (Anm. 40), S. 164, waren es Anton Ackermann und Helmut Lehmann, die „gleichsam in Klausur eine gemeinsame programmatische Basis“ suchten. Ergebnis ihres Nachdenkens waren ihre Artikel in der ersten Ausgabe der „Einheit“.

⁵³) Geb. 1882 in Berlin, gest. 1959. Zimmermann, Krankenkassenangestellter, 1903 Mitgl. der SPD, 1914—1933 Vorsitzender des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, 1933—1945 wiederholt inhaftiert. 1944 vom Volksgerichtshof zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. 1945 Mitglied des SPD-Zentralausschusses, Vizepräsident der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge. 1946—1950 Mitgl. des Zentralsekretariats des Parteivorstandes bzw. Mitglied des Politbüros des ZK der SED. Seit 1950 Vorsitzender des Zentralvorstandes der Sozialversicherung.

den Parteien kehren zurück zu der Ideologie, die die Sozialdemokratische Partei in dem Jahrzehnt nach dem Fall des Sozialistengesetzes unter der Führung von August Bebel und der Patronanz von Friedrich Engels beherrscht hat⁵⁴⁾.

Kurz darauf stellte Lehmann immerhin die Frage nach dem politischen Stellenwert der allgemeinen Akzeptanz eines demokratischen Weges in der Übergangphase durch die KPD-Führung. Er ging davon aus, die Erfahrung habe die KPD gelehrt, daß es nicht möglich sei, „unmittelbar zum Sozialismus über(zu)gehen“. Es könne daher „nicht nur taktische Überlegung sein, wenn die Kommunistische Partei heute die Demokratie als ihren Kampfboden anerkennt“. Dabei sei es „belanglos, ob sie aus taktischen Überlegungen oder aus Überzeugung zu dieser Auffassung gelangt ist“. Entscheidend war es nach Lehmann, „daß die KPD sich auf den Boden der Demokratie gestellt“ habe⁵⁵⁾.

Nun ist nicht überliefert, ob diese konfuse Deutung auch von anderen einheitswilligen Sozialdemokraten akzeptiert wurde. Anzunehmen aber ist, daß die Befürworter der Einheitspartei in der SPD für jede KPD-Äußerung dankbar waren, die angesichts ihrer verfahrenen Einheits-Taktik⁵⁶⁾ ihre ohnehin alternativlose Position legitimierte. Und diese — unterstellte — Neigung förderten die KPD-Führer bis zum Vereinigungsparteitag nach Kräften. Speziell Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht äußerten sich in diesen Wochen wiederholt zum Problem der nationalen Besonderheiten und zu den Chancen eines friedlichen deutschen Weges. Dabei spielte — insbesondere in Stellungnahmen Piecks — der Verweis auf die Ackermann-Reflexionen eine erhebliche Rolle⁵⁷⁾. So stellte er in seiner Rede auf der KPD-Reichskonferenz am 2. März die theoretische

Frage, ob es denn nun „schlimmster Opportunismus“ sei, wenn wir von der Möglichkeit eines gewissermaßen friedlichen HineinwachSENS in den Sozialismus reden?“ Bei der Antwort stütze er sich „im wesentlichen auf die Arbeit des Genossen Ackermann“, die er allen Genossen „... dringend zum ernstesten Studium“ empfahl, weil „gerade dort in ausgiebigem Maße mit den Worten von Marx, Engels und Lenin dargelegt“ worden sei, „wie man zu dieser Frage zu stehen hat, ohne etwa in illusorische Vorstellungen oder gar in Opportunismus zu versinken“⁵⁸⁾.

Auch Walter Ulbricht schloß sich dieser Sicht an. Zwar setzte er den Akzent stärker auf die konkreten Schritte, die gegangen werden müßten, um die Möglichkeit eines „demokratischen Weges“ zu sichern. Grundsätzlich aber bewegte er sich in dem von ihm und Ackermann abgesteckten Argumentationsrahmen, wenn er auf der Parteikonferenz der KPD im März ausführte: „Wir können nicht einfach die Erfahrungen und Methoden, die in anderen Ländern dabei angewandt wurden und sich dort mehr oder minder bewährt haben, auf unsere deutschen Verhältnisse übertragen, weil Deutschland besondere Entwicklungsbedingungen hat.“⁵⁹⁾ Um Konkretisierung bemühte

⁵⁴⁾ Zit. nach: Wilhelm Pieck, Probleme der Vereinigung von KPD und SPD. Referat des Genossen Wilhelm Pieck, gehalten auf der ersten Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands am 2. und 3. März 1946 in Berlin, Berlin 1946, S. 20. In seinem Schlußwort kritisierte Pieck, „daß leider von vielen Genossen (in deren Diskussions-Beiträgen — St.) die großen Probleme, die in den ‚Grundsätzen und Zielen‘ aufgerollt sind, nicht so gewürdigt werden, wie es deren Bedeutung erforderte“. Schließlich seien es nicht „ausgetretene Wege“, „sondern es ist ein neuer Weg, der unter ganz besonderen Bedingungen gegangen werden muß und für den es gilt, besondere Voraussetzungen zu schaffen, um das gesteckte Ziel zu erreichen“ (ebd. S. 30). In seiner Rede räumte Pieck im übrigen ein, daß die von Ackermann erwähnten Positiva sich „im wesentlichen nur auf die sowjetische Besatzungszone“ beziehen. In der von der Parteikonferenz verabschiedeten Resolution sah die KPD-Führung die Sonderweg-These — wohl nicht zu Unrecht — in der Kontinuität des Gründungsaufbaus. Sie verwies auf die dortige Sowjetsystem-Passage und knüpfte daran die Feststellung: „Ebenso falsch wäre es aber auch, Deutschland ein Regierungssystem westlicher Staaten aufzuzwingen oder die demokratische Erneuerung Deutschlands in die Schablonen westlicher Verwaltungssysteme zu pressen.“ (Zit. nach: Resolution für die Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946 — Entwurf, in: DVZ v. 16. 2. 1946).

⁵⁵⁾ Vgl. Walter Ulbricht, Die Gegenwartsforderungen der Sozialistischen Einheitspartei, in: Einheit, Heft 2, März 1946, S. 17 ff., und ders., Der große Plan des demokratischen Neuaufbaus, Referat auf der Parteikonferenz am 3. März 1946, in: Deutsche Volkszeitung v. 4. 3. 1946.

⁵⁴⁾ Helmut Lehmann, Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei, in: Das Volk v. 1. 3. 1946.

⁵⁵⁾ Helmut Lehmann, Der Sozialismus. Betrachtungen zum Maximalprogramm, in: Einheit, März 1946, Heft 2, S. 21 ff., hier: S. 22.

⁵⁶⁾ Vgl. dazu Dietrich Staritz, Sozialismus in einem halben Lande, (Anm. 3) S. 70 ff.

⁵⁷⁾ Das war insofern von Bedeutung, als 1948 der Eindruck erweckt werden sollte, Ackermann habe allein und gewissermaßen selbständig über einen deutschen Sonderweg nachgedacht. Dieser Legende diene wohl auch die Tilgung dieser Passagen aus Pieck- und Ulbricht-Reden in den entsprechenden Sammelbänden. Vgl. zu dieser Orwell-Prozedur bei Walter Ulbricht: Hermann Weber, Ulbricht fälscht Geschichte. Ein Kommentar mit Dokumenten zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Köln 1964, S. 157 ff.

sich auch Franz Dahlem, der auf einer gemeinsamen Konferenz von SPD und KPD in Schwerin forderte, die deutsche Arbeiterklasse müsse „jetzt die selbständige Politik des Suchens eines eigenen Weges im Rahmen der Möglichkeiten der Potsdamer Bedingungen durchführen“, Resultat könne nur eine „deutsche Politik“ sein.⁶⁰⁾

Eine intensive Parteidiskussion kam aber nicht zustande. Die Parteischulung widmete sich zwar dem „Weg zum Sozialismus“⁶¹⁾, betonte aber nur die „Besonderheiten der heutigen Lage“ und nicht einen „besonderen Weg“. Immerhin folgte sie der bisherigen öffentlichen Argumentation insofern, als sie davon ausging, daß „die Möglichkeit einer Höherentwicklung ohne gewaltsame Revolution nicht ausgeschlossen“ sei. In der Parteipresse widmete sich allein Wolfgang Leonhard dem Thema. Er stellte seine Betrachtung zum Schulungstag unter den Titel „Über den deutschen Weg zum Sozialismus“, referierte inhaltlich aber präzise das, was Anton Ackermann zuvor publiziert hatte⁶²⁾.

Die Aufgabe der funktionalen Zuspitzung übernahm schließlich wiederum Anton Ackermann. In einer kurz vor den letzten KPD- und SPD-Parteitag veröffentlichten Broschüre⁶³⁾ führte er — unter dem Zwischentitel „Meinen es die Kommunisten ehrlich?“ — den neuen KPD-Kurs auf die Brüsseler Parteikonferenz von 1935 zurück und den bis dahin häufigen „scheinrevolutionären Dogmatismus“ der Par-

tei auf die „Erbschaft der Linken vor 1914“. Die „Hauptwurzeln für Dogmatismus und Sektierertum“ erkannte er selbstkritisch in der „Unterschätzung der nationalen Besonderheiten Deutschlands“, in dem „Versuch einer schematischen Übertragung der Erfahrungen der großen russischen Revolution auf Deutschland“⁶⁴⁾.

Den Stellenwert dieser Bemühungen bestimmte Ackermann auf dem letzten KPD-Parteitag so: „Ohne diese Änderung unserer Haltung in der Frage der demokratischen Republik wäre es nicht möglich gewesen, den Kurs auf die Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einzuschlagen und diese Vereinigung durchzuführen.“⁶⁵⁾

Nun soll durch diese Wertung nicht etwa der Eindruck erweckt werden, als würde hier der Konzeptwandel der KPD insgesamt einem kurzfristig-zweckrationalen Kalkül zugeordnet. Dies wäre im Sinne der oben (S. 19) versuchten Unterscheidung zwischen dem mittelfristigen Konzept der zwei Revolutionen und dem taktisch eingesetzten Theorem vom „besonderen Weg“ sicherlich falsch. Verdeutlicht werden sollte allein das taktische Moment, dessen Bedeutung m. E. darin lag, mit einer begriffsleeren Worthülse eine Entscheidung der KPD für einen dritten Weg und ein gewissermaßen drittes Ziel zu suggerieren und so die politisch-inhaltlichen Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu überbrücken.

V. Gab es einen „besonderen deutschen Weg“?

1. Die programmatische Fixierung

Die taktische Absicht, mit der die KPD-Führung die schillernde Vokabel in Umlauf setzte, galt freilich nur der Diskussion im Vorfeld der letzten Vereinigungsphase. Was immer Sozialdemokraten und Kommunisten in die neue Formel hineininterpretiert haben mochten, in den „Grundsätzen und Zielen“ konnten sie

kaum etwas davon wiederentdecken. Die dem Vereinigungsparteitag vorgelegte Programmatik hielt sich strikt an die herkömmliche Begrifflichkeit der Zwei-Revolutionen-Theorie Lenins, nach der es galt, unter Führung der Partei zunächst die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende zu führen und dann zum Sozialismus überzugehen. Diese Orientierung erschien in der Formel: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft um diesen neuen (sozialistischen — St.) Staat auf dem Boden der demokratischen Republik“.

Von einem „deutschen Weg“ war keine Rede mehr, und die Berücksichtigung der „nationa-

⁶⁰⁾ Zit. nach: DVZ v. 28. 2. 1946, S. 2 „Wir orientieren uns nur auf Deutschland“.

⁶¹⁾ Vgl. Vortragsdisposition Nr. 5/1946: Der Weg zum Sozialismus (Zur Diskussion um das Maximalprogramm der Einheitspartei).

⁶²⁾ Wir eröffnen die Diskussion: Wolfgang Leonhard, Über den deutschen Weg zum Sozialismus, DVZ v. 24. 3. 1946.

⁶³⁾ Anton Ackermann, Fragen und Antworten, Berlin o. J. (1946).

⁶⁴⁾ Ebd., S. 27f.

⁶⁵⁾ Bericht vom 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, 19. und 20. April 1946 in Berlin, Berlin 1946, S. 116.

len Besonderheiten" schrumpfte zu der — angesichts der Besatzungsherrschaft — scholastisch-banalen Erkenntnis, daß „die gegenwärtige besondere Lage“ in Deutschland die „Möglichkeit“ einschließe, die „reaktionären Kräfte“ daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt... der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten“. Geschehe dies, dann werde die neue Partei „zu revolutionären Mitteln greifen“. Generell aber „erstrebt sie den demokratischen Weg zum Sozialismus“⁶⁶). Die einzige Reverenz, die den Sonderweg-Erwägungen erwiesen wurde, fand sich in der Charakterisierung der SED. Sie erschien als „unabhängige Partei“, die in ihrem Lande für die wahren nationalen Interessen ihres Volkes“ kämpfe⁶⁷).

Zwar hatte der Vereinigungskongreß beschlossen, vom 1. SED-Parteitag ein vollständiges Parteiprogramm verabschieden zu lassen, doch dies geschah erst 1963. Formal galten mithin die „Grundsätze und Ziele“ bis dahin als programmatisches Dokument. Von ungleich höherem politischen Rang aber waren stets die Richtlinien-Beschlüsse von ZK-Tagungen und Parteikonferenzen bzw. Parteitagen⁶⁸).

Schon kurz nach dem Vereinigungsparteitag begannen die ersten Versuche, den Begriff der demokratischen Republik instrumentell auszuformulieren. Formulierungshilfe gab die Sowjetische Militäradministration. Nach Wolfgang Leonhard⁶⁹) überbrachte ein sowjetischer Verbindungsoffizier wenige Wochen nach dem Einheitsparteitag ein russisches Manuskript, forderte dessen Übersetzung, und der Text wurde in der „Einheit“ unter dem Titel „Was ist Demokratie?“ veröffentlicht⁷⁰). In diesem Aufsatz wurde jene von Ulbricht im September 1945 benutzte Formel wiederholt, daß für Deutschland weder eine schematische Übertragung des sowjetischen noch die eines westlichen Systems in Frage komme. Statt dessen verwies der Autor auf die „demokrati-

schen Volksrepubliken“, auf Jugoslawien, die ČSR, Bulgarien, Polen und Rumänien, und schlußfolgerte (wie Varga): „Die historische Betrachtung der Frage der Demokratie gibt uns die Möglichkeit, die *Notwendigkeit des Bestehens einer mittleren Form der Demokratie* zu verstehen, die zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Form der Demokratie besteht.“ Diese Form sei „fortschrittlicher als die bürgerliche Demokratie“ und geeignet, „die Bedingungen (zu) schaffen, die für den Aufbau des Sozialismus notwendig sind“. Der Autor vertrat die Ansicht, daß „in der heutigen Etappe der Entwicklung Deutschlands gerade dieser Typus der Demokratie am annehmbarsten ist“.

Die SED-Führung stimmte dieser Sicht zu. Zwei Monate später veröffentlichte Rudolf Appelt eine Betrachtung der „Volksdemokratien“⁷¹). Er resümierte, in „veränderter Form“ stünden die „Probleme“, die dort „zur Entwicklung von Volksdemokratien“ führten, „auch vor dem deutschen Volke“. Bei den „gegebenen Verhältnissen“ gab es „nur die Wahl zwischen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und der Volksdemokratie“. Dabei sei es allerdings „selbstverständlich, daß eine Volksdemokratie in Deutschland der besonderen deutschen Entwicklung angepaßt wäre und ihre besonderen deutschen Züge hätte“.

Diese Zielrichtung — sie wurde bis zum Jahre 1948 weiter präzisiert⁷²) — prägte seither die Wandlungen der SED-Programmatik: Sie galten der sukzessiven Eingliederung der SBZ in den politischen, sozialen und legitimatorischen Entwicklungs- und Begründungszusammenhang der Volksdemokratien. Der „deutsche“ Weg, den manche SED-Mitglieder womöglich erhofft hatten, reduzierte sich auf die „mittlere Demokratie“, und der Weg zu ihr stellte nur insoweit einen „besonderen“ dar, als er in einem historisch, kulturell, politisch und sozial anderen Terrain lag, als in dem, das die „Bruderparteien“ vorgefunden hatten. Auf diesen anderen Wegen aber gingen die Volksdemokratien gemeinsam zum gleichen Ziel, zum Sozialismus sowjetischer Prägung. Und: Wie

⁶⁶) Zit. nach: Protokoll des Vereinigungs-Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22. April 1946 in der Staatsoper „Admiralspalast“ in Berlin, Berlin 1946, S. 178 ff.

⁶⁷) Ebd. S. 179 f.

⁶⁸) Nicht nur im Hinblick auf den Inhalt der „Grundsätze und Ziele“ ist es mithin fragwürdig, die „These vom deutschen Sonderweg zum Sozialismus“ als „ideologisches Kernstück des SED-Programms“ zu deuten, das bis zum Sommer 1948 Gültigkeit gehabt habe. So Carola Stern, Porträt, a.a.O. (Anm. 1), S. 49.

⁶⁹) Leonhard, a.a.O. (Anm. 46), S. 453.

⁷⁰) Vgl. „Einheit“, 1. Jg., Heft 4 (September 1946), S. 216 ff.

⁷¹) Rudolf Appelt, Ein neuer Typus der Demokratie. Die Volksdemokratien Ost- und Südosteuropas, in: Einheit, 1. Jg. Heft 6 (November 1946), S. 339 ff.

⁷²) Vgl. zur Entwicklung des Begriffs der Volksdemokratie Anm. 11 und 12, sowie Christoph Kleßmann, Die Deutsche Volksdemokratie. Geschichte, Theorie und Rezeption des Begriffs in der SBZ/DDR, in: Deutschland Archiv, 1975, Heft 4, S. 375 ff., und Dietrich Staritz, Sozialismus in einem halben Lande, a.a.O., S. 136 ff.

lange „Besonderheiten“ von der Sowjetunion akzeptiert werden konnten, das hing letztlich von den Faktoren ab, die für die sowjetische Politik entscheidend waren: von den Entwicklungen des Ost-West-Konflikts.

2. Die gesellschaftliche Praxis

Vor diesem Hintergrund stellt sich denn auch nicht so sehr die Frage, wie sich die Arbeit der Planer, Initiatoren und Aktivisten des Wiederaufbaus vom Transformations-Modell der KPdSU unterschied, wo und wie bewußt sie an den überkommenen administrativen, organisatorischen oder politischen Traditionen Deutschlands bzw. der deutschen Arbeiterbewegung anknüpften oder sich innovativ verhielten. Daß sie beides taten, steht außer Frage⁷³⁾, ist für unseren Zusammenhang aber sekundär, zumal es in nur wenigen Bereichen geschah (*Formen* der Verstaatlichung, *Organisation* der zentralistischen Administration) und bislang keine relevante Entscheidung bekannt ist, bei der sich Individuen, Gruppen oder gar die Partei als ganze explizit auf den „besonderen Weg“ berufen hätten. Von größerer Bedeutung sind dagegen die in der SBZ wie in allen Ländern des sowjetischen Einflußbereichs (mit der markanten Ausnahme Jugoslawiens) durchgesetzten und weithin zeitgleich gegangenen Transformations Schritte:

die Schaffung überwiegend gleicher sozialer Strukturen, einheitlicher — der KP-Dominanz dienlicher — Herrschaftsverhältnisse, die schrittweise Etablierung zentralistischer Verfügungsgewalt über die industrielle Produktion, die Banken und den Handel und schließlich auch die permanente Anpassung der Revolutionstheorie an die jeweils neueste Entwicklung der sowjetischen Lehre. Und von Bedeutung war schließlich auch die Tatsache, daß dieser Weg gegangen wurde ohne Rücksicht auf das entscheidende Spezifikum der deutschen Situation: die faktische Teilung des Landes.

Von einem „besonderen Weg“ läßt sich im Hinblick auf die SBZ deshalb nur insofern sprechen, als die SED — anders als ihre Bruderparteien in Osteuropa — die Verfaßtheit ihrer Gesellschaft 1948 ausdrücklich nicht als „volksdemokratisch“ im Sinne des in anderen Ländern proklamierten Übergangs zum Sozialismus charakterisierte. Womöglich nicht aus eigenem Entschluß, sondern auf Drängen der Sowjetunion, die die Glaubwürdigkeit ihrer verbal auf die nationale Einheit zielenden Deutschlandpolitik gefährdet sah⁷⁴⁾. Doch diese Besonderheit hinderte die SED-Führung nicht, die Theorie des Sonderweges präzise zu dem Zeitpunkt zu kritisieren, an dem dies auch ihre Bruderparteien taten.

VI. Die formelle Aufkündigung des Sonderweges

Der Zusammenhang, in dem die Parteiführung die ursprünglichen Reflexionen über einen deutschen Weg zum Sozialismus verwarf, ist bekannt und braucht hier nur benannt zu werden. Er war geprägt durch die rasche Zentralisierung des „Lagers der Volksdemokratien“ im Gefolge des Kalten Krieges und des Kominform-Konfliktes mit der Kommunistischen Partei Jugoslawiens⁷⁵⁾. Diese externen

Zwänge beschleunigten die in der SBZ seit 1947 ohnehin erkennbaren Zentralisierungs-

schluß die „Lehre“, nun mit „aller Kraft daranzugehen, die SED zu einer Partei neuen Typus zu machen“. (Entschließung des Zentralsekretariats vom 8. Juli 1948, in: Dokumente der SED, Bd. 2, Berlin (Ost) 1952³, S. 81f.) Zwei Monate später erklärte die Führung — mit dem Kominform — die Stalinsche Lehre von der „Verschärfung des Klassenkampfes“ auch für die SBZ für gültig. Der Parteivorstand stellte nun auch „fest, daß auch in der SED falsche ‚Theorien‘ über einen ‚besonderen Weg zum Sozialismus‘ vorhanden“ seien. Selbstkritisch wurde eingeräumt, „es wurde nicht genügend getan, um die Parteimitglieder vertraut zu machen mit den Erfahrungen des Kampfes um den Sozialismus in der Sowjetunion“. Zugleich hieß es: „Auch die Probleme des Kampfes in den volksdemokratischen Ländern, insbesondere des Übergangs ... zum Sozialismus ... müssen allen Parteimitgliedern zum Verständnis gebracht werden.“ (Vgl. Die theoretische und praktische Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED, in: Dokumente der SED, a. a. O., S. 100ff.)

⁷³⁾ Vgl. für die Betriebsrätebewegung die materialreiche Untersuchung von Siegfried Suckut, Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands (1945—1948). Zur Entwicklung und Bedeutung von Arbeiterinitiative, betrieblicher Mitbestimmung und Selbstbestimmung bis zur Revision des programmatischen Konzeptes der KPD/SED vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, Frankfurt/M. 1982.

⁷⁴⁾ Vgl. dazu Staritz, a. a. O., S. 150f., S. 161f.

⁷⁵⁾ Die SED-Führung nahm zum Jugoslawienkonflikt in verschiedenen Resolutionen Stellung. Sie schloß sich der Kominformlinie an, verurteilte die Politik der KPJ und zog aus dem Kominformbe-

bewegungen im ökonomischen und administrativen Bereich und forcierten die Umbildung der bis dahin noch keineswegs marxistisch-leninistisch organisierten SED in eine Partei Stalinschen Typs. Unter dem Aspekt der SED-Geschichte markiert mithin die kritische Abwendung von Aussagen, mit denen die KPD-Führung die Bildung der Einheitspartei erleichtert hatte, das Ende der ersten Entwicklungsetappe der SED hin zu einer zeitgemäßen Kommunistischen Partei. Dieser Metamorphose entsprach die Form der Abkehr: Statt einer kollektiven Selbstkritik der Parteiführung hatte der Funktionär öffentlich abzuschwören, der die von der Sowjetunion empfohlene und kollektiv akzeptierte Taktik im

⁷⁶⁾ Erich W. Gniffkes Auskünfte, die einzigen eines Ohrenzeugen, sind widersprüchlich. In einer Artikelserie (Braunschweiger Zeitung v. 16. Mai 1950ff.) schrieb er, Anton Ackermann habe 1948 in einer Sitzung des Zentralsekretariats erklärt, „daß er sich eher nach Sibirien schaffen lasse, als daß er gewillt sei, in einer der Fragen nachzugeben, die uns von den ‚Grundsätzen und Zielen‘ der Partei wegbringen“. In seinem Erinnerungsband „Jahre mit Ulbricht“, Köln 1966, S. 281, opponierte Ackermann „selbst auf die Gefahr hin, daß er sich eines Tages in einem Arbeitslager in Sibirien wiederfände“, gegen die personelle Erweiterung des Zentralsekretariats. In der Parteivorstandssitzung vom 15./16. September 1948 allerdings, bei der Kritik der Sonderwegthesen, verhielt sich Ackermann nach der gleichen Quelle (S. 10f.) bolschewistisch-diszipliniert und „bekannte sich . . . ausdrücklich zur Einsicht in seine bereits aufgezählten Fehler“.

⁷⁷⁾ Ackermann veröffentlichte sie am 24. 9. 1948 im Neuen Deutschland unter dem Titel „Über den einzig möglichen Weg zum Sozialismus“ und schrieb nun: „Ohne die Aneignung und Auswertung der Erfahrungen der drei Revolutionen (1905, Februar und Oktober 1917 — St.) und der Erfahrungen der vollen

Parteiauftrag ausformuliert hatte. Ob sich Anton Ackermann dieser Prozedur zu widersetzen suchte, ist nicht überliefert⁷⁶⁾. In seiner öffentlichen Selbstkritik⁷⁷⁾ erklärte er, daß es „von Anfang an grundfalsch“ gewesen sei, von einem „besonderen deutschen Weg“ zu sprechen. Als Ursache des Fehlers benannte er das „Zurückweichen vor der wilden antikommunistischen Hetze“, die „besonders kraß im Zusammenhang mit der Vereinigung der KPD und der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei einsetzte“.

Er sagte zumindest damit, so scheint mir, durchaus die Wahrheit, zwar in der Formelsprache der Partei, doch deshalb nicht weniger wahr.

Verwirklichung des Sozialismus in der UdSSR wird kein Volk zum Sozialismus kommen.“ Zu den Erfahrungen rechnete er auch die gerade in dieser Zeit vom Kominform propagierte Stalin-These über die notwendige Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus. Allen Mißdeutungen eines besonderen Weges hatte Ackermann bereits im April 1947 den Boden entzogen. In einem ND-Artikel (vgl. Neues Deutschland v. 22. 4. 1947: „Der friedliche Weg zum Sozialismus — Lenins Plan des friedlichen Überganges von der bürgerlichen zur sozialistischen Republik“ [Zu den Aprilthesen von Lenin]) reduzierte er den „besonderen“ Weg auf einen „friedlichen“ Weg. Dieser Text bot zu Spekulationen über ein besonderes Ziel keinerlei Anlaß. Ackermann kennzeichnete als „Demokratischen Weg zum Sozialismus unter den besonderen deutschen Verhältnissen der Gegenwart“ exakt das, was in der SBZ geschah: die Bodenreform, die Verstaatlichung des Bankwesens, die Enteignung der „Kriegs- und Naziverbrecher“ und die Überführung der Großindustrie in Volkseigentum, die Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Gewerkschaften und der Betriebsräte in der Wirtschaft — „in ganz Deutschland“.

Wilfried Loth: Die deutsche Frage als europäisches Problem

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/82, S. 3-13

Gegen eine weitverbreitete und durch die jüngsten Erschütterungen der westlichen Allianz reaktivierte Geschichtsauffassung wird mit diesem Beitrag daran erinnert, daß die „deutsche Frage“ — definiert als Frage nach der staatlichen Existenz Deutschlands und seiner Stellung in Europa — nicht erst seit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges ein Kardinalproblem der internationalen Politik in Europa darstellt und daß die gegenwärtige Spaltung der deutschen Nation keineswegs in erster Linie als ein Produkt des Ost-West-Konflikts verstanden werden darf.

Einer Zusammenfassung der deutschen Nation in einem Nationalstaat stand seit jeher die Furcht der übrigen europäischen Mächte vor einer deutschen Dominanz über den europäischen Kontinent entgegen. Als sie mit der „kleindeutschen“ Lösung von 1871 dank einer außerordentlich günstigen internationalen Konstellation wenigstens zum Teil realisiert werden konnte, stellte sie sogleich das prekäre innereuropäische Gleichgewicht in Frage; und nachdem es den Reichsleitungen nach Bismarck nicht gelang, der halbhegemonialen Stellung des Reiches durch eine behutsame Krisendiplomatie gerecht zu werden, griffen die Deutschen im Ersten Weltkrieg in der Tat nach der ganzen Hegemonie über den Kontinent. Desgleichen überschritten die Revisionsbemühungen nach 1919 der Intention nach vielfach die Grenze der bloßen Gleichberechtigung, so daß sich Hitlers Expansionsprogramm trotz seiner radikalen Zuspitzung des Machtstaatsdenkens auf eine breite Resonanz stützen und zur erneuten Zerstörung des europäischen Gleichgewichtssystems führen konnte.

Bei den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs überwog zunächst die Tendenz zur Zerschlagung des Reiches und zu seiner definitiven Ausschaltung als machtstaatliches Zentrum. Erst die wechselseitige Furcht vor einem übergroßen Einfluß der Gegenseite im zerstörten Deutschland eröffnete wieder die Chance für gesamtdeutsche Regelungen, freilich nunmehr unter der gemeinsamen Kontrolle der Siegermächte. Die Furcht vor einer „Amerikanisierung“ bzw. „Sowjetisierung“ ganz Deutschlands steigerte sich dann allerdings soweit, daß schließlich nur noch die Zwei-Staaten-Lösung als für alle Beteiligten zweitbeste Lösung übrigbleib — eine Lösung, die gerade aufgrund ihres Kompromißcharakters außerordentlich stabil war.

Eine Restaurierung des Nationalstaats von 1871 anzustreben, erscheint im Lichte dieser Erfahrungen äußerst problematisch: nicht nur nahezu aussichtslos, sondern langfristig gesehen auch ohne den Ost-West-Konflikt voller Risiken für die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa. Für die Ermöglichung einer Existenz in Selbstbestimmung für alle Deutschen müssen daher neue Wege jenseits des Nationalstaatsmodells gesucht werden.

Dietrich Staritz: Ein „besonderer deutscher Weg“ zum Sozialismus?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/82, S. 15-31

Mit der kommunistischen Weltbewegung vertrat zwischen 1945 und 1948 auch die KPD/SED die Vorstellung eines „besonderen Weges zum Sozialismus“. Dieser Slogan war Element des seit dem 7. Weltkongreß der Komintern (1935) gewandelten Konzepts für die kommunistische Politik in der Phase des „Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“. Unter dem Eindruck der anwachsenden faschistischen Bewegungen in Europa und vor allem des NS-Sieges in Deutschland ging sie Mitte der dreißiger Jahre davon aus, daß — statt des direkten Übergangs zum Sozialismus — zunächst der Kampf um politische Demokratie zu führen und dabei das Verhältnis zur Sozialdemokratie (bis dahin „Sozialfaschisten“) im Sinne einer Einheitsfront auch „von oben“ neu zu bestimmen sei. Die so zu erreichende Zwischenetappe auf dem Wege zum Sozialismus wurde als „Demokratische Republik“ umschrieben, die Organisationsform der politischen Kräfte in dieser Phase als „Volksfront“ unter Führung der (KP-dominierten) „proletarischen Einheitsfront“ charakterisiert. Dieses Konzept wurde seit 1941/42 zur Taktik der „Nationalen Front“ ausgeweitet. Der Adressaten-Kreis der kommunistischen Politik erfaßte jetzt nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch das Bürgertum.

Vor diesem Hintergrund, d. h. im Interesse der Bündnispolitik speziell gegenüber der SPD, sprach die KPD-Führung (W. Ulbricht) bereits im Spätsommer 1945 von der Notwendigkeit eines „besonderen deutschen Weges zum Sozialismus“. Sie weckte damit Assoziationen auch über ein besonderes, nicht an der Sowjetunion orientiertes Sozialismusmodell. In keiner der KPD-Verlautbarungen, auch nicht in den von Anton Ackermann (im Februar 1946) vorgelegten Überlegungen, wurde diese Erwartung jedoch eingelöst. Die KPD- und später auch die SED-Führung hielten vielmehr grundsätzlich am Vorbild des Sowjetsozialismus fest, vertraten allerdings die Ansicht, der Weg zu diesem Ziel könne „friedlich“, d. h. ohne gewaltsam-revolutionäre Mittel und auch ohne die im nachrevolutionären Rußland gebrachten Opfer, gangbar sein. Auch wenn die Entwicklung der SBZ zwischen 1945 und 1948 (als für die Parteiführung Anton Ackermann von der Sonderweg-Erwägung selbstkritisch abrückte) durchaus in einigen Bereichen spezifische Züge trug, läßt sich von einem „besonderen deutschen Weg“ doch nicht sprechen. Es dominierten in dieser Zeit die Zielsetzungen und Methoden, die auch die Entwicklung in den übrigen Volksdemokratien prägten und schließlich hier wie dort 1948 zur offiziellen Übernahme des Sowjet-Modells führten.